

Erscheint täglich außer Montags.
Preis pränummerando: Viertel-
jährlich 3,50 Mark, monatlich
1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
5 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Österreich-
Ungarn 3 Mk., für das übrige
Ausland 3 Mk. 50 Pf. Monat. Eingetr.
in der Post-Registrierung: Preisliste
für 1895 unter Nr. 7128.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 30. Januar 1895.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Deutscher Arbeitertrunk nach belgischem Muster.

Sofort nach Veröffentlichung des Gesetzesentwurfes, betr. die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, da in den nächsten Wochen vom Bundesrath beraten und dann nach offiziellen Andeutungen noch im Reichstage durchgepeitscht werden soll, haben wir auf diejenigen Paragraphen desselben aufmerksam gemacht, die sich mit großer Voreingenommenheit gegen Arbeiter, Gehilfen und Angestellte wegen des sogenannten Verraths von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen richten. Wir versprechen, auf die Sache ausführlich zurückzukommen, und es lohnt sich dies auch in mehr als einer Beziehung.

Wenn man die neuen Vorschläge recht würdigen will, muß man von der Vetheiligung der Arbeiter und Angestellten an der Verbesserung der modernen Betriebs- und Geschäftsmethoden überhaupt absehen. Bei der Arbeitsteilung, die im Fabrik- und Kaufmannsgeschäft heute vorherrscht und immer mehr vorherrschen wird, gehen heute und künftig die wenigsten Betriebsverbesserungen überhaupt von dem Privateigentümer des Geschäfts aus. Nur derjenige, welcher in einem Spezialfach praktisch arbeitet, und das ist fast ausschließlich der Angestellte oder Arbeiter, nicht der Unternehmer, stützt auf die Nothwendigkeit von Verbesserungen und findet die Mittel dazu. Die meisten Erfindungen stammen nicht von Kapitalisten, sondern von mittellosen Arbeitern höheren und niederen Grades, und es ist ja bekannt, wie oft sich ein solcher mittelloser Erfinder durch den kapitalistischen Käufer und Ausbeuter um die Erträge seines Geistesproduktes prellen lassen muß, weil ihm die Abfindung, die er als Kaufpreis geboten bekommt, immer noch lieber sein muß, als das vollständige Brachliegen seiner Erfindung mangels der nöthigen Mittel zur Ausnützung. In den §§ 7 und 8 des Gesetzesentwurfes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs dreht es sich nun um Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, die nicht Gegenstand eines Patent- oder Musterrechtes werden können, die der heutige Kapitalist vielmehr als Geistesprodukte seiner Arbeiter und Angestellten lediglich infolge seiner Geldmacht ausnützt. Die heutige Wirtschaftsordnung betrachtet es als selbstverständlich, daß solche Betriebsverbesserungen lediglich dem Geldsack zu gute kommen, und die Unternehmer kann man an den Fingern abzählen, die einen Gehilfen deswegen besonders belohnen, weil er einen Branchenfindungsgreif gefunden und im Geschäft eingebürgert hat. An diesem an und für sich schon empörenden Zustand läßt sich auch unter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nichts ändern; er trägt nur dazu bei, Arbeiter und Angestellte tagtäglich mehr gegen diese „Ordnung“ zu erbittern und wirksamer „aufzureizen“, als es manche Agitation vermag. Und auf diesen revoltirenden Zustand soll nun jetzt noch eine besondere

kapitalistische Bedrückungsmaßregel von Gesetzeswegen gepreßt werden. Auch zwei Jahre nach Austritt aus dem betreffenden Privatbetrieb sollen Arbeiter und Angestellte von jenen Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, die nicht patentfähig und von ihnen oder früheren Arbeitskollegen selbst gefunden sind, keinen Gebrauch machen dürfen, auf die Gefahr hin, ins — Gefängnis wandern zu müssen. Und wie klassenstaatsmäßig hat man diesen Vorschlag begründet. Arbeiter und Angestellte scheiden meist mittellos aus den Unternehmungen wieder aus, die sie durch ihren Kopf oder ihre Hände haben groß machen helfen — das wird nach und offen zugestanden, wenn man auch sonst „Nachtes“ z. B. im neuen Reichstag nicht leiden kann. Statt aber daraus die Folgerung zu ziehen, daß die mittellosen Anspruch auf eine desto menschlichere Behandlungsweise haben, heißt die kapitalistische Parole nunmehr: können wir sie nicht an Vermögen fassen, weil sie keines haben, so fassen wir sie an der Freiheit — ins Gefängnis mit jedem, der im Wettbewerb das Geldsack-Monopol durch Verwerthung vielleicht selbstgeschaffener Betriebsvorteile anzutasten wagt! Es ist der Klassenübermuth auf die Spitze getrieben, der diese Vorschläge gezeitigt hat.

Die geplanten Bestimmungen sind Produkte einer Unternehmerbewegung, bei der strebsame Rechtsanwälte und Handelskammer-Sekretäre die treibenden Kräfte bilden. Es geht hier, wie mit den Generalsekretären bei den großen Industriellen-Verbänden — die Bedienten überbieten an Brutalität und Gefäßigkeit im strebenden Wettstreit ihre eigenen Herren. Als die Reichsregierung bereits 1885 bei den Bundesstaaten Erhebungen in derselben Sache anstellte, erwiderten ihr die Unternehmer von allen Seiten, daß ein befonderes Bedürfnis nach öffentlichen Strafbestimmungen nicht vorliege. Und es ist ja auch bekannt, wie die Unternehmer sich in jenen bekannten Schmutzverträgen privatim horrende Konkurrenzkaufeln einen Verfolgungstodes namentlich gegen kaufmännische Angestellte geschaffen haben, der im kapitalistischen Interesse wirklich nichts zu wünschen übrig läßt. Es wehrten sich ja auch einige Handelskammern gegen die Gemeinschaft mit der offenen Brutalität, der jetzt begangen werden soll. Der Vertreter der Handelskammer in Halle a. S., ein Herr Dr. Wermert, führte im ausdrücklichen Auftrage seiner Handelskammer aus, daß „viele Inhaber und Leiter großer Unternehmen, wenn man ihnen den Schutz in der weitgehenden Art . . . aufdrängen wollte, denselben aus natürlichem Gerechtigkeitsgefühl ablehnen würden“. Wie müssen geschäftliche Vorschläge beschaffen sein, wenn man sich selbst aus Unternehmerrathen so über sie äußert! Der Vertreter von Halle rügte ferner die mangelhafte Begriffsbestimmung der „Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse“, das Schreien nach dem

Staatsanwalt, da wo es sich um privattypikalistische Privilegien handelt, die Unversorenheit der Forderung, für etwaige Strafverhandlungen die Öffentlichkeit auszuschließen, und er wies hin auf das „starke Abhängigkeitsverhältnis“, das solche Bestimmungen für ohnedies wirtschaftliche Schwäche erzeugen müßte. Er rief schließlich aus: „Betrachten Sie doch die herrschende Stellenlosigkeit, wo soll er (der Arbeiter oder Angestellte) Unterkunft finden, weil er da, wo er etwas leisten kann, nicht unterkommen darf?“ Es half alles nichts, das Bedientenor setzte im September 1894 auf dem Braunschweiger Handelskammertag die Forderungen nach einem strafrechtlichen Konkurrenzverbot für Arbeiter und Angestellte durch, und die Reichsregierung hat, gehorham diesem Wink, den jetzt vorliegenden Entwurf mit den ungeheuerlichen §§ 7 und 8 ausgearbeitet. Sie hat sich auch hier wieder als getreue Handlangerin des Kapitalismus bewährt.

Es steht fest, daß weder in England noch in Frankreich so weitgehende Strafbestimmungen vorhanden sind, obgleich diese Länder doch als klassische für gewisse Richtungen der Entwicklung des modernen Kapitalismus gelten können. England mit seiner hochentwickelten Technik entbehrt jedes ähnlichen Strafparagrafen, die französischen wenden sich nur gegen Arbeiter und Angestellte, so lange sie im Geschäft sind. Nur der soziale Wusteralstaat Belgien besitzt bereits als Gesetz so etwas, wie es jetzt der deutsche Entwurf vorschlägt. Also belgische Zustände nach Deutschland, in das Reich der Sozialreform zu verpflanzen — das ist der edle Zweck der Vorlage. Und das genügt auch zur Beurtheilung des Nachwerks!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Januar.

Im Reichstag wurde heute die Zolldebatte fortgesetzt. Es handelt sich um einen Zollzuschlag für die aus Spanien und den spanischen Kolonien kommenden Waaren. Nach einer bedeutungslosen Debatte wird der Regierungsvorlage zugestimmt. Zur Verathung stand hierauf die Novelle zur Gewerbe-Ordnung, die eine Beschränkung des Wander- und Hausirgewerbes bezweckt. Im Zusammenhang damit steht ein vom Centrum eingebrachter Gesetzesentwurf.

Der Abg. Schädler (Z.) bestritt eine weitergehende Beschränkung des Hausirhandels und hält infolge dessen die Regierungsvorlage für ungenügend. Dabei versichert er wiederholt, daß er im allgemeinen keine schlechte Meinung vom Hausirer habe und auch eine Befreiung dieses Berufes ihm fern liege. Die Kur, die das Centrum mit dem Gewerbe vornimmt, sieht aber der gänzlichen Vernichtung sehr ähnlich.

für ein Unterkommen zu sorgen. Sie waren erst seit dem Morgen in Paris und mußten sich nun nach einer passenden Wohnung umsehen.

Vor allem nehmte eine Wohnung, die der unfrigen möglichst nahe liegt, das René.

Gourmand! erwiderte Henri. Aber sei unbesorgt. Für heute Adieu und auf baldiges Wiedersehen. Damit Du Geduld lernst, erlaubt man Dir, Annette einen Kuß zu geben.

Annette neigte sich erdöthend zu René hinab, der sich aufrichtete. So begegneten sich ihre Lippen, und wie unter einem elektrischen Schlag erbebend, fanden sie plötzlich die sinnverwirrende Süßigkeit jenes Kußes wieder, der in dem Weinberg La Pierette zum ersten Male ihre Lippen vermählt hatte.

Wie sind sie kurz und doch so reich an Ereignissen, die goldenen Tage der Praxzeit, wo die leidenschaftliche Erwartung des Glückes schon das Glück ist. René hatte den Frühling im Herzen, und die Gesundheit stieg ihm vom Herzen auch in die Wangen. Er aß und ging umher „wie ein ganzer Mann“, sagte er, und wenn er noch das Zimmer hütete, so war es aus Gehorham gegen seinen Arzt, wofür es nicht, wie Henri schelmisch behauptete, ein einfacher Vorwand war, um sich von seinen Krankenpflegerinnen verhätscheln zu lassen.

O diese schönen Abende zu Mieren, an denen Henri durch seinen jugendlichen Frohsinn das Lachen der übrigen entseffelte! Vor allem aber diese traulichen Unterhaltungen zu Zweien! Die eigenthümliche Lage der jungen Witwe, die Rücksichten, die René auf seine Gesundheit zu nehmen hatte, dämpften ihre Freude nothwendigerweise ein wenig. Doch im tiefsten Innern empfanden sie ein stilles, inniges Glücksgefühl. Sie gefielen sich in langen halblauten Plaudereien, in denen sie entzückt waren, wenn sie fühlten, wie ihre Seelen in allen Dingen einig waren, wie zwei Instrumente von verschiedenem Klang aber gleichem Ton.

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Im Exil.

63

Roman von Georges Renard. Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

Nur allmählig lösten sich ihre Zungen. Und da die Erinnerung an das Unglück der Vergangenheit das Gefühl des gegenwärtigen Glückes erhöht, so hasteten ihre Gedanken zuerst an den traurigen Tagen, in denen man sie von einander getrennt hatte. René sprach davon, wie sehr er weinend, verzweifelt, krank vor Gram um sie gelitten hatte.

Armer Freund! hauchte Annette mit sanfter, losender Stimme.

Und dann begann sie von ihrer Bestürzung, ihrer Empörung zu erzählen, als sie nach Italien gebracht, dort von allem Verkehr ferngehalten worden war, wo sie niemand hatte, dem sie sich anvertrauen konnte und gegen ihre ganze Familie auflampfen sollte.

Lange hatte sie geweint, gestöhnt, widerstanden. Sorgfältig hatte man ihr verborgen, daß René um ihre Hand angehalten hatte. Aber dann theilte man ihr eines Tages unvermittelt mit, daß René nach Frankreich zurückgekehrt sei. Man redete ihr ein, daß sie verrathen und vergessen sei, und aus Trost, aus Born willigte sie in ein Bündniß, zu dem sie auf andere Weise niemals zu bringen gewesen wäre.

Welch' großes Unrecht hat man uns zugefügt! sagte René mit vor Born bebender Stimme.

Wir wollen nicht mehr daran denken. Das ist vorbei, für immer vorbei. Niemand kann uns mehr trennen.

Und Deine Mutter? sagte René mit einem leichten Rest von Sorge.

Sie hat ihre Ansichten nicht geändert, erwiderte Annette, während ein Schatten von Trauer ihr über die Flügel glitt. Aber sie kann gegen uns nichts ausrichten. Als Henri mir mittheilte, daß Du mich noch immer liebtest und daß Du verlobt seiest, da dachte ich gleich daran, daß ich Dir gehörte . . . und ich habe es meiner Mutter frei und offen gesagt . . . Du kennst sie . . . Sie hat mir erklärt, daß Du niemals ihr Sohn sein würdest, wenn Du Dich nicht zur Wahrheit bekehrtest. Ich habe sie gebeten, gut zu sein; ich habe es versucht, sie weich zu stimmen . . . Es ist mir nicht gelungen. Da habe ich ihr erklärt, daß ich alles reiflich erwogen hätte, daß mein Gewissen mit Dir im Einklang sei und nicht mit ihr, daß ich es nicht billigen könne, daß jemandem Ansichten aufgezwungen würden, daß Deine Ueberzeugungen dieselbe Achtung verdienen, wie die anderer Leute. — Mutter, habe ich schließlich gesagt, ich habe mich einmal verheirathet, wie Du es gewollt hast, und ich war nicht glücklich. Jetzt bin ich entschlossen, mich zu verheirathen, wie ich will. — Sie hat mich durch Drohungen, von ihrer Autorität Gebrauch zu machen, erschrecken wollen, aber Henri hat mich wacker unterstützt. Das schweizerische Gesetz gewährt mir freie Verfügung über mich. Ein kleines Vermögen, das ich als Erbtheil habe, sichert mir ein unabhängiges Leben. Meine Mutter wird eines Tages begreifen, daß sie ihre Rechte überschritten hat. Inzwischen bin ich abgereist, und da bin ich!

Theure Annette, flüsterte René, meine tapfere kleine Frau.

Und in zärtlicher Verehrung küßte René die schlanken Finger seiner Geliebten.

In diesem Augenblick traten Frau Messant und Henri ein. Es mußte auf die Nervosität des Kranken Rücksicht genommen werden. Auch hatten die beiden Angekommenen

Der Nationalliberaler Krüger bemängelte einige Bestimmungen, während der freisinnige Redner, Schneider, die Vorlage bekämpfte. Daß der konservative Redner, v. Hollenauer, die Vorlage empfahl, brauchen wir kaum zu erwähnen. Die Debatte wird erst am Donnerstag fortgesetzt.

Am Mittwoch kommt der Diktaturparagraf für Elsaß-Lothringen zur Verhandlung. Von Singer wird dabei beantragt, eventuell die zweite Lesung des Antrages auf die Tagesordnung zu setzen. Dieser Antrag wird bei der Abstimmung von der Zentrumsfraktion unterstützt und hatte anscheinend die Majorität im Hause. Während der Abstimmung müssen wohl einige Herren anderen Sinnes geworden sein, denn einer nach dem anderen sank auf seinen Sitz zurück, so daß schließlich der Antrag abgelehnt wurde. Nachdem hierauf dem Wunsch des Abgeordneten Gierber (Elsaß), auch seinen Antrag in Verbindung mit diesem Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen, entsprochen war, hätte man von jener Seite die zweite Beratung wohl unterstützt. Der Präsident hatte aber nicht die Neigung, eine nochmalige Abstimmung herbeizuführen. So blieb es beim alten.

Frankreich. Die Botschaft des Präsidenten, welche wir in der gestrigen Nummer unter den „Depeschen“ mittheilten, hat im ganzen einen günstigen Eindruck gemacht. Eine Amnestie ist in Frankreich etwas so populäres, daß jede Regierung, die mit einer bedingungslosen Amnestie sich dem Volke vorstellt, auf eine sympathische Beurtheilung rechnen kann — bis die praktische, rechnende Politik wieder über die Gefühlspolitik den Sieg davon trägt. Lange wird der Waffenstillstand jezt in Frankreich gewiß nicht dauern. Die Vergangenheit Tibot's und die Einkommensteuerfrage sind die zwei Quellen, aus denen der politische Kampf bald hervorsprudeln wird.

Im Abgeordnetenhaus hielt heute der neue Landwirtschaftsminister eine große Rede, in der er seine Auffassung zu den ganzen neueren agrarischen Plänen darlegte. Die Rede ist deswegen so interessant, weil die Großgrundbesitzer bekanntlich ihre ganze Hoffnung auf die neue Regierung gesetzt haben, und es sich durch diese Programmrede des Herrn von Hammerstein zeigen mußte, wie weit diese Hoffnungen der Agrarier begründet waren. Der allgemeine Eindruck der Rede ist der, daß die Regierung, wie ja selbstverständlich, alles nur irgend Mögliche für die lieben Feinde und Gervatren vom Lande thun wird, daß sie es sich aber vorbehält, das Unmögliche nicht zu thun. So werden die Aktien des Grafen Kanitz betreffs seines Getreidehandels Monopols jezt stark sinken.

Die Großgrundbesitzer im Hause waren denn auch von der Rede nur halb befriedigt. — Die beiden auf den Minister folgenden Diskussionsredner von Puttkamer, Plaut und Ministerialrath Camp gingen nur auf die Einzelheiten der ministeriellen Rede ein, ohne irgendwie interessantes zu bringen. Fortsetzung der Debatte ist am Mittwoch 11 Uhr.

Wird der Reichstag aufgelöst oder nicht? Das ist eine Frage, mit der sich die deutsche Presse jezt sehr angelegentlich beschäftigt, und die auch in der sozialdemokratischen Presse diskutiert wird. Unsere Leser wissen, daß wir die politische Kammergeheerlei prinzipiell verabscheuen — und wir haben es deshalb, abgesehen von einer gelegentlichen Andeutung dann und wann sorgfältig vermieden, diese Frage zu behandeln, die selbstverständlich nur mit „wenn“ und „aber“ beantwortet werden kann. Die Voraussetzungen, von denen die Auflösung des Reichstags abhängt, liegen klar vor aller Welt. Wir machen unsere Leser mit den Verhandlungen der Umsturzvorlage aufs rascheste bekannt, und geben ihnen dadurch die Möglichkeit, sich ein eigenes Urtheil über die Aussichten der Vorlage und die Wahrscheinlichkeiten der Auflösung zu bilden. Weder die Regierung noch die Reichstagsmajorität haben bis jezt eine Haltung beobachtet, die einen Konflikt als jezt geplant und unausweichlich könnte erscheinen lassen. Zu einem Konflikt gehört ein fester Wille einer und ein festes Rückgrat andererseits. Und von beidem hat sich bis jezt wenig gezeigt.

Nervöses Taften in die Zukunft ziemt der Sozialdemokratie nicht. Wir sind auf alle Möglichkeiten vorbereitet. Wir wollen uns und die Genossen nicht durch verfrühte Rufe: Der Wolf! der Wolf! ermüden.

Kommt der Wolf, so sind wir da und werden ihm auf den Kopf schlagen.

Also kein Gretchenspiel! Auflösung oder Nicht-Auflösung! Sondern ruhiges Abwarten — bei trockenem Pulver und scharfer Wachsamkeit.

René wollte, daß seine Frau mit seinen Träumen, seinen Hoffnungen, seinen Arbeiten vertraut sei, und voll freudigen Staunens sah er sie zu demselben Ziele auf einem anderen Weg gelangen. Ihr Führer war das Herz, während er sich durch die Vernunft leiten ließ. Sie sagte zu ihm:

Ich kenne nichts von Euren Theorien, Euren Sekten, Euren Parteienamen. Aber ich weiß, daß Ihr das Elend beseitigen, allen Menschen die Mittel zum Leben, zur Bildung geben wollt, damit sie glücklicher und freier, mit einem Worte mehr Menschen seien. Was brauche ich da mehr?

Mein Lieber, Du bist nicht mich diesem Werke der Gerechtigkeit und der Liebe ebenso ergeben, wie Du es bist.

Es ist auch ein Werk des Glaubens, fügte René hinzu. Wir sind die Bekenner der Religion der Zukunft, einer Religion ohne Dogma und ohne Theologie, einer Religion der allgemeinen Solidarität, zu Tage tretend in verschiedenen Formen, die aber alle demselben Ziele zustreben: Wir alle wollen uns untereinander lieben, uns helfen. Wir wollen am Glück der gegenwärtigen und zukünftigen Menschheit schaffen!

Und René erklärte ihr, daß die Solidarität der Wesen, ihre gegenseitige Abhängigkeit, das Gesetz der psychischen Welt wie das der moralischen und sozialen ist, daß der Mensch, so bald es verwickelt ist, sich in Harmonie befindet mit allem was existiert, daß er so in dem Höchsten was es giebt, seine Bestimmung, alles zu verstehen und zu lieben, erfüllt.

Unter den unergründlichen Geheimnissen, von denen wir umgeben sind, schloß er, ist eines gewiß: daß die Uneigennützigkeit, der Opfermuth, das Mitleid, die Güte überall und immer als die edelsten und besten der menschlichen Eigenschaften betrachtet worden sind. Klammern wir uns an diese Gewissheit. Wer wird die Behauptung aufrecht

Kommt die Auflösung, so ist die Sozialdemokratie am Posten.

Und kommt sie nicht, auch! —

Das Zentrum im Gefolge des Herrn v. Stumm. Die Aufsehen erregende Schwenkung, welche das Zentrum in der Umsturzkommission bei der Beratung des § 111a innerhalb 3 Tagen vollzogen hat, gewinnt erst dadurch ihr besonderes Gepräge, wenn man erfährt, daß der Antrag Volk, den das Zentrum unter Preisgabe seines eigenen Antrages akzeptierte, im Lager des Herrn v. Stumm ausgeheckt worden ist. Herr Volk, seines Zeichens Rechtsanwalt in Saarbrücken, ist nämlich im 5. Trierschen Wahlkreise (Saarbrücken) gewählt, das heißt er vertritt eine Domäne des Herrn v. Stumm, wo der Einfluß dieses Industriekönigs allmächtig ist. Herr Volk ist also nichts weiter als ein Beauftragter des Herrn von Stumm. Indem also das Zentrum die Anträge des Herrn Volk zur Annahme verhilft, führt es die Anträge des Herrn von Stumm aus. Daß die Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht sich zu einer solchen Rolle hergiebt, ist auch ein Zeichen der Zeit.

Herr Dr. Lieber erklärt in der „Germania“, daß er nicht, wie es in den Berichten bürgerlicher Blätter aus der letzten Sitzung der Umsturzkommission heißt, bei der Abstimmung über den Antrag Volk-Spahn zu § 111a sich der Abstimmung enthalten, sondern für den Antrag gestimmt habe. Letzteres ist richtig, und in unserem Berichte war Herr Dr. Lieber auch nicht als Abstinenzler aufgeführt, sondern wir berichteten nur, daß Herr Abg. Schäbler sich von seinen Fraktionsgenossen getrennt und mit der Opposition gegen den Rauschultrank gestimmt hat. Uebrigens scheint es doch auch Herrn Dr. Lieber nicht leicht gefallen zu sein, für Herrn von Stumm die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Wie uns nämlich mitgetheilt wird, hat bei der Abstimmung Herr Dr. Lieber anfangs mit Dr. Schäbler gestreift, und erst auf ermunternde Bursche seiner Fraktionsgenossen seine Hand für den Antrag erhoben. Diese Zögerung hat wohl auch zu der irrigen Nachricht geführt, daß Herr Lieber überhaupt nicht gestimmt hat.

Der Entwurf betr. die Finanzreform im Reich bestimmt, daß die Matrikularbeiträge nur in der Höhe der Ueberweisungen an die Bundesstaaten in den Reichshaushalts-Gesetz einzustellen sind. Erreichen die Ueberweisungen nicht die vorgesehene Höhe der Matrikularbeiträge, so wird der entsprechende Betrag der letzteren nicht erhoben. Die Ueberträge des Reichshaushalts werden zu einem besonderen Fonds angeammelt, aus dem die in den folgenden Jahren sich ergebenden Fehlbeträge ausgeglichen werden. Hat der Fonds 40 Millionen Mark erreicht, so werden die weiteren Beiträge zur Schuldentilgung verwendet. Zur Deckung eines Fehlbetrages bei den fortwährenden Ausgaben des ordentlichen Etats von über einer Million können auch Zuschüsse auf die Stempel- und Verbrauchs-Abgaben gelegt werden.

Reichs-Einnahmen. Für die Zeit vom 1. April 1894 bis zum Schluß des Monats Dezember 1894 sind im Deutschen Reich von Einnahmen (einschließlich der kreditirten Beträge) an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern sowie von anderen Einnahmen zur Anschreibung gelangt:

Zölle 295 989 860 M. (gegen denselben Zeitraum des Vorjahres + 26 164 737 M.), Tabaksteuer 8 168 572 M. (+ 109 419 M.), Zuckersteuer 63 881 793 M. (+ 6 570 103 M.), Salzsteuer 34 233 391 M. (+ 766 209 M.), Malschbottich- und Branntweinmaterial-Steuer 6 906 101 M. (+ 1 068 911 M.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 93 424 894 M. (+ 1 311 688 M.), Brausteuer 19 336 308 M. (+ 106 328 M.), Ubergangsabgabe von Bier 2 705 680 M. (+ 773 M.); Summe 524 571 094 M. (+ 33 721 146 M.). — Spielartenstempel 680 151 M. (+ 10 138 M.), Wechselstempelsteuer 6 123 183 M. (+ 18 418 M.), Stempelsteuer für: a) Werthpapiere 6 448 718 M. (+ 4 118 741 M.), b) Kauf- und sonstige Anschaffungsgehalte 11 208 414 M. (+ 5 328 559 M.), c) Pöste zu: Privatlotterien 1 080 580 M. (+ 665 142 M.), Staatslotterien 5 946 648 M. (+ 1 212 324 M.), Post- und Telegraphen-Verwaltung 201 910 896 M. (+ 9 884 174 M.), Reichs-Eisenbahn-Verwaltung 48 152 000 M. (+ 702 000 M.).

Die zur Reichskasse gelangte M.-Einnahme abzüglich der Ausfuhrvergütungen und Verwaltungskosten beträgt bei den nachbezeichneten Einnahmen bis Ende Dezember 1894: Zölle 260 777 065 M. (+ 25 714 884 M.), Tabaksteuer 8 251 750 M. (+ 427 753 M.), Zuckersteuer 60 354 159 M. (+ 5 078 778 M.), Salzsteuer 31 099 681 M. (+ 511 355 M.), Malschbottich- und Branntweinmaterial-Steuer 10 574 390 M. (+ 82 238 M.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 76 062 559 M. (+ 140 244 M.), Brausteuer und Ubergangsabgabe von Bier 19 729 460 M. (+ 89 970 M.); Summe 466 849 017 M. (+ 31 411 320 M.). — Spielartenstempel 696 431 M. (+ 8110 M.).

erhalten können, daß ich niedrig handle, wenn ich es mir zur Aufgabe mache, die Summe der Irrthümer, der Ungerechtigkeiten, der Schmerzen, unter denen meine Mitmenschen leiden, zu verringern? . . .

Ein anderes Mal erzählte René Annetten, was er gedacht hatte, als er zu sterben glaubte. Er war sicher, sagte er, daß er — was sein größter Trost war — in ihr, in ihrem Bruder weiter leben würde, daß er immer ein Stück ihrer Seele, ein Element ihres Herzens und Geistes bilden würde.

Stirbt man denn wirklich? Sobald eine Idee ausgesprochen ist, dauert sie fort, erregt die Geister, und ihre Wirkungen zeigen sich noch in den unbegrenzten Formen der Zeiten, wie die geringste Bewegung in einem Winkel der Welt ihre Schwingungen bis in die Unendlichkeit des Raumes fortpflanzt. Kein Wesen geht über die Erde, ohne eine Spur seines Wandels zurückzulassen. Kein Gedanke, keine Handlung kann vergehen, ebenso wie kein Atom der Materie. Irgend ein zufällig gefallenes Wort setzt sich wie ein Keim in einer der unfrigen verwandten Intelligenz fest, entwickelt sich dort und entfaltet sich oft erst nach vielen Jahren in kräftigen Blüten, welche die Zukunft pflücken wird, ohne ihren Ursprung zu kennen.

Und so, fuhr René fort, gesell mir der Gedanke, daß das Beste meines Wesens in Dir fortbestehen und sich durch Dich auf diejenigen übertragen würde, die mich nicht gekannt haben.

Aber Annette verbot ihm, von so traurigen Dingen zu sprechen. Sie schloß ihm in sanfter Tyrannei den Mund mit der Hand und zwang ihn so zu der rosigten Wirklichkeit ihres gegenwärtigen Lebens zurückzukehren.

(Fortsetzung folgt.)

Zoll auf Quebrachholz. Die Interessenten der Lederbranche werden am 3. Februar in der Börse eine Protestversammlung gegen den geplanten Zoll auf Quebrachholz abhalten. Das Quebrachholz wird bekanntlich zum Gerben des Leders verwendet, und unsere uneigennütigen Agrarier, die sich im Besitz sogenannter Eichenhälmwälder befinden, glauben, daß nur ihre Eichenrinde in Deutschland zum Gerben benutzt werden darf; daher das Verlangen eines Zolles auf das ausländische Gerbemittel. Daß sich das Leder bei Einführung dieses Zolles in Deutschland vertheuern würde, macht den Agrariern keine Kopfschmerzen.

Die Zeitungs-Enquete, die im Kreise Greifswald durch den Landrath Ansen sehr angefeindet wurde, scheint auf einer allgemeinen Anordnung des Ministers des Innern zu beruhen, denn auch in Potsdam wurden den Redaktionen der dortigen Zeitungen von der Polizei Fragebogen vorgelegt, in welchen die Tendenz, die Auflage, der Jahrgang, die Erscheinungsweise des Blattes, sowie der Name des Chef-Redakteurs, Druckers und Verlegers einzutragen waren. Die Frage nach etwaigen Beschlagnahmen der Zeitung resp. Beschlagnahmen der Redakteure war nicht gestellt, doch war eine Rubrik „Bemerkungen“ vorhanden, welche von der Polizeibehörde selbst ausgefüllt wurde, so daß anzunehmen ist, daß an dieser Stelle die Behörde die betreffenden Eintragungen gemacht hat. — Ferner wird geschrieben, daß die königliche Regierung in Oppeln gleiche Fragebogen an die dortige polnische Zeitung „Gazeta Opolska“ und an andere ober-schlesische Polenblätter versandt hat.

Zedensfalls liegt keinerlei Verpflichtung vor, derartige Fragen zu beantworten und der Polizei ihr Handwerk zu erleichtern. Daß in den Zeiten der Umsturzbelämpfung und der Preßnebelung das größte Mißtrauen gegen derartige Enquetes am Plage ist, braucht nicht besonders betont zu werden.

Ausnahme von der Sonntagsruhe. Nach § 105 d der Gewerbeordnung können für bestimmte Gewerbe (insbesondere für Betriebe, in denen Arbeiten vorkommen, welche ihrer Natur nach eine Unterbrechung oder einen Aufschub nicht gestatten, sowie für Betriebe, welche ihrer Natur nach auf eine gewisse Jahreszeit beschränkt sind, oder welche in gewissen Zeiten des Jahres zu einer außergewöhnlich verstärkten Thätigkeit genöthigt sind) durch Beschluß des Bundesraths Ausnahmen von den Bestimmungen über die Sonntagsruhe zugelassen werden. Diese Bestimmungen des Bundesraths sind jezt ergangen und werden im „Reichs-Anzeiger“ bekannt gemacht. Die zugelassenen Ausnahmen beziehen sich auf das Bergbau-, Hütten- und Salinenwesen, die Industrie der Steine und Erden, die Metallverarbeitung, die chemische Industrie, die Gewinnung der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte (Edele, Fette etc.), die Papier- und Lederindustrie, die Nahrungs- und Genußmittel-Industrie und einige Saisongewerbe, wie Schneiderei, Spielwaaren-fabrikation etc. — Wir werden auf die für die Arbeiterschaft wichtige Angelegenheit noch eingehend zurückkommen.

Die militärische Ausbildung der Volksschullehrer. Ueber diesen Gegenstand hat der Kaiser dem Kriegsminister die nachstehende Ordre zugehen lassen:

Die militärische Ausbildung der Volksschullehrer und Kandidaten des Volksschulamtes, welche ihre Befähigung für das Schulamt in vorchriftsmäßiger Prüfung nachgewiesen haben, erachte ich durch die seitherige Heranziehung zu einer nur jezt nöthigen aktiven Dienstzeit für nicht ausreichend gewährleistet, auch sind die Genannten hierdurch von späterer nützlicher Verwendung als Unteroffiziere des Beurlaubtenstandes zur Zeit gänzlich ausgeschlossen. Es ist daher mein Wille, daß die Einübung mit den Waffen auf einen vollen Jahreskursus ausgedehnt und so gestaltet werde, daß die Heranbildung der Volksschullehrer und Kandidaten des Volksschulamtes soweit als thunlich zu brauchbaren Unteroffizieren erfolgt. Ich beauftrage Sie, mir in dieser Hinsicht Vorschläge zu unterbreiten.

Die Stellung der Volksschullehrer wird durch eine solche Neuordnung nicht gerade verbessert, wenn sie jezt an stelle der früheren zehn Wochen ein Jahr dienen sollen. Die Kosten für diesen einjährigen Dienst sollen wohl vom Staat getragen werden, während bekanntlich die übrigen Einjährigen für ihren Unterhalt selbst sorgen müssen. Dafür sollen die Volksschullehrer aber auch nur zu brauchbaren Unteroffizieren herangebildet werden, während aus den Reihen der sonstigen Einjährigen sich zum großen Theil die Reserve-Offiziere rekrutiren. Bei dem geringen Ansehen, das die Volksschullehrer bei uns in den leitenden Kreisen genießen, ist es ja selbstverständlich, daß man die Lehrer nicht ebenfalls zur Offizierskarriere zulassen will. — In den Augen des Volkes wird das Ansehen der Volksschullehrer dadurch natürlich nicht geschmälert, da dem Volk ein guter Lehrer lieber ist, als ein schnellerer Reserveleutnant.

Das Schweigen der Völker ist die Lehre der Könige, sagte Johann Jacoby vor jezt 46 Jahren. Auch das Nicht-Illuminiren ist eine Lehre. In keinem früheren Jahre ist von hysterischen Personen beider Geschlechter für besonders auffällige Begehung des königlichen Geburtstags eine so hitzige Propaganda gemacht worden, wie in diesem Jahr. Und in keinem Jahr ist weniger illuminirt worden. Darin stimmen alle unbefangenen Beobachter überein. Wer lernfähig ist, wird daraus lernen. Wer nicht, nicht.

Zur Duellforderung des König Stumm schreibt der „Reichsbote“:

Selbstverständlich verläßt es der „Vorwärts“ nicht, diese ganze Geschichte für seine Zwecke auszunutzen, indem er dazu bemerkt: „Das Gesetz verbietet das Duell. Und das Gesetz ist das Fundament der Ordnung und Sitte. Die Religion verbietet das Blutvergießen, und das Blut des Nächsten zu vergießen, ist der Zwied des Duells. Unsere Genossen in der Umsturzkommission werden nicht verstehen, die seltsame Art, wie der Vater des Umsturzgesetzes für Religion, Sitte und Ordnung kämpft, gebührend zu beleuchten. Es ist für den ganzen Kampf gegen den Umsturz wahrhaft verhängnisvoll, daß auf Seiten der Ordnungsparteien so viele und so große Fehler gemacht werden, welche die Ordnungsparteien selbst in einem so ungünstigen Lichte zeigen. Hat der „Vorwärts“ mit seinen obigen Bemerkungen nicht recht? In demselben Augenblick, wo man für Religion, Sitte und Ordnung gegen den Umsturz eintritt, darf man keine solche Geschichten machen. Offenlich regt dieser drastische, traurige Vorfall auf allen Seiten zu neuem ernstem Nachdenken an. . . . Vor allem sollte man endlich auf Seiten der Ordnungsparteien erkennen, daß sie den Umstürzern mit gutem Beispiel vorangehen müssen. Wenn man selbst die Grundsätze des Christenthums nicht achtet, verliert man auch das Recht, ihre Beachtung von anderen zu verlangen.

Je ernster und nachdrücklicher die evangelischen Geistlichen gerade ihre Mahnungen an die Ordnungsparteien und insbesondere an die Arbeitgeber richten, desto mehr thun sie ihre Pflicht. Das schlimmste, was sie thun könnten, wäre, wenn sie sich scheuten, den Reichen die Wahrheit zu sagen und dagegen den Armen schmeichelten, und sie auch ihnen gegenüber nicht den Muth der Wahrheit hätten.

Für Religion, Ordnung und Sitte wird jetzt in allen Ecken des Deutschen Reichs von Umsturzgefeß-Wüthrichen gehauen, gestochen und geschossen. Es ist unter den Kreuzkämpfern gegen die Sozialdemokratie eine wahre Duellseuche ausgebrochen: Jeder Tag bringt ein halb Duzend Herausforderungen und Zweikämpfe. Das einzige Bedauerliche dabei ist, daß diese Umsturzgefeß-Wüthrichen so erbärmlich schlecht hauen, stechen und schießen! Andernfalls würde die Seuche wenigstens den Vortheil haben, daß wir von diesem Ordnungsvoll recht bald erlöst würden. Hoffentlich lernen die Leutchen die Todthauerei, Stecherei und Schießerei etwas besser. Und hoffentlich kommen wir bald in die Lage, auf ihr Massengrab schreiben zu können: „Für Religion, Ordnung und Sitte. Jeder dieser Biedermänner ward vom andern abgethan.“

Die sittliche Verkommenheit der kapitalistischen Reaktionspresse offenbart sich handgreiflich in der Thatsache, daß die Blätter, welche die Hans Blum'schen Fälschungen zu Gunsten der Umsturzvorlage zum Abdruck brachten, jetzt, nachdem die Fälschungen aufs Überzeugendste und schlüssigste nachgewiesen sind, nicht Widerstand leisten, sondern durch ihr Stillschweigen sich zu direkten Mitschuldigen der Fälschungen machen. Aus den betreffenden Blättern, die wir hiermit gebrandmarkt an den Pranger stellen, sei die „Magdeburger Zeitung“ und das „Leipziger Tageblatt“ hervorgehoben. Pst! der Schande! Um die Niederlage des Hans Blum und seiner Mitschuldigen zu vollenden, ist der Sippe ein Retter erfunden. Ein Telegramm aus Zürich, datirt vom 27. Januar, besagt:

Die heutige Ausgabe des hiesigen „Stadtboten“ enthält folgende Erklärung: „Der Redakteur des „Stadtboten“ (Ed. Attenhofer) bezeugt Herrn Dr. Hans Blum die Thatsache, daß Hauptmann v. Ehrenberg in Zürich mit General Boulanger (resp. dessen Rundschaffterbureau in Paris) in Verbindung stand, als Ehrenberg noch Revolutionsstrategie der deutschen Sozialdemokratie war, die Pläne für die Varriladentämpfe in den Hauptstädten Deutschlands ausarbeitete und den Festungsplan von Besel (Copie) im samosen Unterrock der Frau Walker aufbewahrte.“

Ein Wort hierzu zu sagen, ist überflüssig. Wer, die Geschichte unserer Kämpfe mit den Puttkamer'schen Spiegeln kennt, kennt den „Edelsten“ — Vordpöbel v. Ehrenberg und den schweizerischen Spiegelschleicher Attenhofer? Attenhofer rechts, v. Ehrenberg links, Herr Blum in der Mitte — so soll das Tableau bleiben für alle Zeiten, so lange es eine „Musterblätlichkeit“ der Infamie giebt für derartige Thaten und Thäter.

Uebrigens können die Mitschuldigen des Hans Blum, sofern sie die Denkfähigkeit noch nicht ganz verloren haben, sich jetzt ungefähr einen Vers daraus machen, welche Ehrenberge und Ehrenmänner seinerzeit mit Boulanger verkehrt haben. —

Ueber einen neuen Landesverraths-Prozess wird der „Wiener N. fr. Presse“ aus Leipzig geschrieben:

Vor kurzem sind, wie jetzt erst in weiteren Kreisen bekannt wird, der Zahlmeister-Aspirant Hemprich, der zuletzt bei einem Leipziger Regimente stand, wegen Landesverraths, respektive versuchten Landesverraths zu acht Jahren Zuchthaus und der in dieselbe Angelegenheit verwickelte Zahlmeister-Aspirant Auerwald in Jittau zu neun Monaten Gefängnis vom sächsischen Militärgericht verurtheilt worden. Nunmehr ist auch gegen den Bruder Hemprich's in derselben Sache die Voruntersuchung eröffnet worden; gegen diesen, als Zivilperson, ist das Reichsgericht zuständig. Der erstgenannte Zahlmeister-Aspirant Hemprich desertirte im Sommer vorigen Jahres aus Leipzig, um seiner Verhaftung wegen Unterschlagung zu entgehen. Er wendete sich erst nach der Schweiz, später nach Frankreich, und von hier aus richtete er Briefe nach Deutschland, worin er gegen hohe Entschädigung zum Verrath militärischer Geheimnisse aufforderte. Solche Briefe hat der genannte Auerwald und jedenfalls auch Hemprich's Bruder erhalten. Hemprich kehrte dann nach Deutschland zurück; er wurde erkannt, verhaftet und der Militärbehörde übergeben.

Der Landesausschuß von Elsaß-Lothringen wurde gestern eröffnet. Nach der Eröffnungsrede des Statthalters ist die Finanzlage gut, trotzdem wird auch in diesem Scheinparlamente die Nothwendigkeit der Finanzreform für das Reich im Interesse der Einzelstaaten betont. Eine neue Gebäudesteuer soll an Stelle der Thür- und Fenstersteuer treten, ferner wurde ein Sparfängengesetz und zwei Gesezentwürfe behufs Ergänzung der bestehenden Gesetze über das Grundeigenthum und die Einrichtung von Grundbüchern angehängt. —

Aus den österreichischen Provinzial-Parlamenten. Wie das Wiener „Freundenblatt“ meldet, ist der italienische Landtag durch kaiserliche Entschlüsselung aufgelöst und neu gewählt angeordnet worden. Das „Freundenblatt“ führt den Entschluß auf die Vorgänge im italienischen Landtage zurück, wo die italienische Majorität durch Einführung der italienischen Sprache als alleinige Verhandlungssprache, sowie durch die Bestimmung, daß Anträge und Interpellationen nur italienisch gestellt werden dürfen, die slavische Bevölkerung in ihren Rechten tranken, eventuell dieselbe aus dem parlamentarischen Leben hinausdrängen wollte.

Vom tiroler Landtag wird gemeldet:

Da die italienischen Abgeordneten nach Ablauf der gesetzlichen Frist nicht im Landtage erschienen sind, wurden dieselben heute ihrer Mandate für verloschen erklärt.

Italienische Anarchisten in der Schweiz. Der „Voss'sche Vorwärts“ schreibt: „Anarchistenriechei. Man meldet die Verhaftung eines italienischen Anarchisten Filiani, Schankwirth in Lugano. Gegen andere dortige Anarchisten soll Untersuchung eingeleitet werden. Die Veranlassung bilden anarchistische Proklamationen, welche angeblich in Lugano gedruckt und in Como beifolagigabunt wurden.“ Unser Züricher Korrespondent bemerkt dazu: Dem Crispi kann in seiner jetzigen Situation nichts willkommener sein, als ein bißchen Gesellschaftsleiter und Anarchisten-Berthiger zu spielen. Eine neuere Meldung besagt, daß der Mailänder Advokat Gori verhaftet wurde und Ausweisungen „erwartet würden“. Mit dieser Korrespondenz gleichzeitig eingelaufene Depeschen melden aus Bern:

Der Bundesrath hat zwei in Genf verhaftete italienische Anarchisten ausgewiesen; einer derselben hatte in geheimen anarchistischen Versammlungen zu Gewaltthaten aufgefordert, der andere hatte seine Wohnung zu solchen Zusammenkünften hergegeben.

Der Bundesrath beschloß heute die Ausweisung von 17 im

Leisa wohnenden Anarchisten. Die Namen derselben werden erst nach dem Vollzuge der Maßregel veröffentlicht werden.

Die Schweiz, die sich dem Bismarck und Puttkamer entgegenkommend gezeigt hat, leistet jetzt dem Crispi Schergendienste. Wir haben Grund zu bezweifeln, daß sämtliche Ausgewiesene thatsächlich Anhänger des Anarchismus sind; sie sind wohl bloß „Anarchisten“, wie die, gegen welche das italienische Anarchistengesetz angewandt wird, also Sozialdemokraten und Radikale. —

Die Präsidentenkrise hat in Frankreich die Aufmerksamkeit auf das Institut der Präsidentschaft gelenkt, und die alten Zweifel an der Nützlichkeit desselben wachgerufen und verstärkt. Auch in Amerika ist die Frage schon längst aufgetaucht. Ein Präsident kann zwar nicht so viel schaden, wie ein absoluter Monarch, aber er kann immerhin eine recht störende Thätigkeit entwickeln, wie sich das ja bei Casimir Perier recht deutlich gezeigt hat. Und auf alle Fälle ist das Institut der Präsidentschaft immerhin ein Ueberrest der Monarchie und des persönlichen Regiments und im Widerspruch mit dem Grundprinzip der Demokratie. Ein Bundesrath, wie in der Schweiz, wäre für Frankreich wie für Amerika sicherlich weit zweckmäßiger und korrekter. In diesem Sinne soll seitens der Linken in Frankreich jetzt eine kräftige Agitation gegen das Institut der Präsidentschaft betrieben werden. —

Zum neuen französischen Ministerium. Man schreibt uns aus Paris unterm 27. Januar: Nachdem Herr Léon Bourgeois eine Woche dazu gebraucht, um seine Unfähigkeit zu zeigen, ein Ministerium zu bilden, hat Herr Ribot ein solches innerhalb 24 Stunden zusammengebracht. Eine andere Frage ist es, ob Herr Ribot richtig gehandelt, ein Mitglied der Minorität, das in einen jener Abgeordneten mit der Kabinettsbildung zu betrauen, die in der Sitzung vom 14. Januar, in der das Ministerium Dupuy gestürzt wurde, mit diesem stimmten und mit ihm unterlagen, und ob das Kabinet Ribot eine Lösung der Krise bedeutet. Auf erstere Frage vermag sich jeder, der die Gesplogenenheiten parlamentarisch registrieren kann, leicht zu verweisen, daß da stets Abgeordnete der Majorität der Nationalvertretung mit der Kabinettsbildung betraut werden, selber Antwort geben. Und was letztere Frage anbetrifft, braucht man nur zu wissen, daß Herr Ribot die Stenerfrage von der Budgetfrage trennen will und darum selber das Finanzportefeuille übernommen hat, um auch gleichzeitig zu wissen, daß das neue Kabinet, weit entfernt, die Krise zu lösen, sie nur hinauschiebt. Noch deutlicher tritt dies hervor, wenn man seine Absicht kennt, allen „irritierenden Fragen“ auszuweichen. Und irritierende Fragen sind alle diejenigen, die den Finanz- und Schlotbaronen nicht behagen. Wiewoher damit mit allen Steuerreformen, abieut mit allen Arbeiterreformen! Ob es aber darum nicht die Arbeiterklasse zu irritieren suchen wird, möchte ich nicht behaupten. Keineswegs bildet Herr Ribot, dieser Anwalt der großen Aktiengesellschaften und ausgesprochene Feind der sozialistischen und gewerkschaftlichen Bewegung, den Herr Ribot das Justizportefeuille übertragen hat, eine Garantie hierfür. Man höre doch, was er als Referent über den Gesetzentwurf Bouvier-Papierre, der jedem Unternehmer verbietet, Arbeiter nur aus dem Grunde, weil sie einer Gewerkschaft angehören, zu entlassen oder die Aufnahme zu verweigern, seinerzeit im Senate vorbrachte. „An dem Tage, sagte er da u. a., an dem die Arbeiter wüßten, daß sie einen Arbeitgeber bei dem geringsten Konflikt vor die Gerichte ziehen können, welche furchtbaren Druck- und Zwangsmittel hätten wir da in ihre Hände gelegt! Und welchen Schrecken, um nicht zu sagen welche Panik würden wir an diesem Tage in der großen Industrie verbreiten und wie viele Arbeitsstätten vielleicht sperren lassen! Wenn man es noch immer mit Arbeiterunzufriedenheiten zu thun hätte, die von friedlichen Absichten und friedlichem Geiste befeuert sind. Aber es giebt eine zu große Zahl jener Werthhatten-Marodeure, jener Streikpekulanten, jener Hungen der Arbeiterhalbwelt (des ces familliques du demi-monde du travail), die sie niemals werden befriedigen können, die von den Theorien Babeuf's zu denen der Anarchie schreiten. Wäre es nicht die schwerste Unbedachtlichkeit, jenen gewerkschaftlichen Agitatoren diese neuen Drohungs- und Einschüchterungs-Gesetze zu liefern? Daß der Kommunismus, daß der Kollektivismus gewisse Geister anzieht, darüber sind wir nicht verwundert. Was aber uns anbelangt, so wissen wir, daß die Gesellschaft ihren Untergang dabei fände, und getreu dem politischen System, wonach in unserem Lande alles auf der Achtung des Eigenthums, der legitimen Tochter der Sparfamkeit und der Arbeit, beruht.“ (man denke dabei an die Panama, Seldbahn, Verschaffare u. ohne auszulassen). „Könnten wir nicht den Fehler begehen, das schon hinlänglich angegriffene industrielle Eigenthum noch mehr zu bedrohen.“ Und nach Herrn Ribot, diesem neuen Justizminister, beurtheile man nun das neue Kabinet! —

Marshall Canrobert, der Adjutant Napoleon III., beim Staatsstreich vom 2. Dezember 1851, starb gestern im 85. Lebensjahre. Er hat zahlreiche Kriege mitgemacht, nahm an der Reorganisation der französischen Armee theil und vertrat stets reaktionäre Grundsätze. —

Das Befinden Gredde's ist, wie wir der „Petit Republ.“ entnehmen, noch immer ein recht unangenehmes. Er hat seit Wochen auf jede agitatorische Thätigkeit verzichtet müssen und, ist sein Zustand auch nicht beforgnißerregend, so ist eine rasche Genesung doch kaum zu erwarten. Möge sie desto gründlicher sein! —

In der belgischen Kammer vergeht kein Tag ohne Zwischenfall. Heute wird aus Brüssel vom Wolff'schen Bureau gemeldet:

Der Justizminister warf dem sozialistischen Deputirten Anseele, welcher einige Industrielle beschuldigt hatte, daß sie die Arbeiter um einen Theil ihres Lohnes brächten, vor, er hätte einige vereinzelte Vorkommen verallgemeinert. Da das Gericht in der Lage sei, derartige Mißbräuche zu unterdrücken, hätte Anseele sich an das Gericht wenden müssen; Anseele hätte daher nicht loyal gehandelt. Der Minister widerlegte dann die Behauptungen Anseele's und erklärte, die Kammer würde bei der Beratung des Justizbudgets Gelegenheit haben, sich auszusprechen.

Dieser auf den ersten Blick sich als tendenziös darstellende Meldung werden wir, sobald nähere Angaben aus Brüssel einlaufen, die richtige Darstellung folgen lassen.

Ein internationales Schiedsgericht. Aus Rom wird telegraphirt:

Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ aus Washington vom heutigen Tage richteten der Minister des Auswärtigen Baron Blanc und der hiesige Gesandte von Kolumbien an den Präsidenten Cleveland gleichzeitig die Bitte, das schiedsrichterliche Mandat zur endgültigen Entscheidung aller Fragen internationalen Charakters zu übernehmen, welche die Forderungen des italienischen Staatsangehörigen Genucci gegen die Regierung von Kolumbien betreffen. —

Armenisches. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Fakhin Pascha, der Wali

geforderte Rate, sie sei nötig. Weil schließt sich dem an, der sog. Zubau an der Ecke der Mauerstraße entspreche nur der Umgebung, einen Kasernebau könne man dort nicht bauen. Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Müller-Logau, Büllin, Lieber, Enneccerus etc., wird die geforderte Summe bewilligt.

Die Justizgesetze-Kommission des Reichstags, welcher der Gesetzentwurf, betr. die Abänderung der Gerichtsverfassung und der Strafprozessordnung überwiesen ist, trat heute zusammen. Nachdem eine Reihe Geschäftsordnungsfragen erledigt waren, begann man mit der Beratung der §§ 27, 28 und 75 der Gerichtsverfassung. Die betreffenden Paragraphen regeln die Zuständigkeit der Schöffengerichte. Schmidt-Barburg (B.) beantragte, außer der im Gesetzentwurf beantragten Ausdehnung der Zuständigkeit, auch alle Anklagen, welche auf Grund des § 185 des Strafgesetzbuchs erhoben werden (Beleidigungen) an die Schöffengerichte zu überweisen. Zur Begründung seines Antrages führt er aus, daß es mißlich ist, wenn die Politik in der Art in den Gerichtssaal hineingetragen wird, daß sich die Berufsrichter damit zu befassen haben. Viele der auf Grund des § 185 erhobenen Anklagen gehen aus der Diskussion der Tagesfragen hervor, zum Beispiel Beamtenbeleidigungen und so weiter, und oft leidet das Ansehen der Berufsrichter darunter, wenn sie Redakteure oder sonst Personen wegen Beleidigungen zu hohen Strafen verurtheilen müssen. Kommen diese Prozesse vor ein Gericht, in welchem das Laienelement die Majorität bildet, dann sei der Richter gedeckt.

Von verschiedenen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß man mit den Schöffengerichten schon oft recht trübe Erfahrungen gemacht habe, denn es gäbe Schöffen, die glauben, sie haben nur dann ihre Pflicht getan, wenn sie recht viele Personen und diese zu hohen Strafen verurtheilt haben. Andere Schöffen thun nichts anderes, als daß sie dem Richter zustimmen. Im letzten Falle sei es also das Urtheil eines Einzelrichters. Von Seiten der Regierung wurde darauf hingewiesen, daß man doch mit den Schöffengerichten recht gute Erfahrungen gemacht habe, indem von 1000 Urtheilen der Schöffengerichte nur 88 bis 84 in der Berufungsinstantz abgeändert seien. Die Regierung müsse darauf bedacht sein, zu sparen, wo sich etwas sparen läßt. Die Fälle, welche der Entwurf den Schöffengerichten überweisen will, sind bisher fast regelmäßig dem Schöffengericht von der Strafkammer überwiesen worden. Vollmar hob hervor, daß bei Annahme der Justizgesetze die ausschlaggebenden Parteien nur deshalb ihre Zustimmung gegeben haben, weil sie unter allen Umständen die Gesetze zu Stande bringen wollten. Manches schlechte Bestimmung nahmen sie mit auf, weil sie fürchteten, daß sonst das ganze Gesetz scheitern werde. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß wir bei geringen Verbesserungen auch Verschlechterungen mit in den Kauf nehmen. Lieber warten wir noch mit den Verbesserungen, als daß wir sie durch Aufopferungen wichtiger Rechte erkaufen. Auch er wies darauf hin, daß die Schöffen oft nur Dekorationsstücke sind. Dieses würde sich ändern, wenn die Arbeiter mit zu solchen Rämern herangezogen würden, wie dieses durch die Gewerbe-Gesetze bewiesen ist.

Ferner verlangt er, daß das Strafmandatwesen eingeschränkt werden müsse. Referendare und Rechtspraktikanten der Verwaltung- und Polizeibehörden geben ganz mechanisch aus Werk, wenn sie die Meldungen der unteren Polizeibeamten zu erledigen haben. Die Fälle werden nicht geprüft und mancher Unschuldige zahlt die Strafe, weil die Herbeiführung eines Gerichtsbeschlusses mit Kosten und Umständen verknüpft ist. Ferner sei zu rügen, daß die Anwälte bei den Schöffengerichten nicht selten glauben, daß sie den Mangel an juristischer Bildung dadurch verdecken können, wenn sie drakonische Strafanträge stellen.

Mundel stellt in Aussicht, daß er die Entschädigung unschuldig Verhafteter beantragen wird. Einige Theile der Regierungsvorlage will er annehmen, andere aber, ihrer gefährlichen Tendenz wegen, ablehnen. Die Ziffern 1-3 des § 27 werden dann nach dem Wortlaut der Vorlage angenommen.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt.

Parteinachrichten.

Das Agitationskomitee für das östliche Westfalen und die beiden Lippe, welches auf Beschluß des letzten Provinzial-Parteitags in Bielefeld seinen Sitz hat, hat sich konstituiert und sind alle Korrespondenzen an den Vorsitzenden Genosse S. Lomke, Kronenstr. 18a, zu senden.

Partei-Presse. Die Jahres-Abrechnung der Buchdruckerei der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“ schließt in Ein- und Ausgabe mit 98 281,97 M. ab. Die Aktiva beträgt 42 668,02 M., unter welcher Summe sich der Inventarbestand nach den Abschreibungen mit 27 482,97 M. befindet, das Papierlager beträgt 4208,48 M., die Ausgaben an Abonnement und Inseraten betragen 8048,25 M., die Ausgaben an Druckerarbeiten 1549,75 M. und der Kassenbestand vom 31. Dezember 1894 688,62 M. Unter der Passiva steht in erster Linie der sich um 7276,91 M. vergrößerte Preßfonds mit 29 077,13 M., die noch zu begleichenden Darlehen mit 4350 M. und die Schulden für Maschinen, Schriften, Papier u. s. w. mit 15 273,74 M. Der Passiva gegenüber die Aktiva gestellt, verbleibt eine Unterbilanz von 8032,85 M., welche sich auf die beiden Jahre 1893 und 1894 vertheilt.

Der sozialdemokratische Verein für Dresden-Alstadt hat nach dem Bericht des Vorsitzenden im letzten Jahre um beinahe 100 Mitglieder zugenommen; er zählte am Ende 1233 gegen 1137 Mitglieder am Anfang des Jahres. Es wurden im vergangenen Jahre 52 Vorstandssitzungen abgehalten. Diskussionsabende fanden regelmäßig alle 4 Wochen statt, außerdem arrangierte der Verein 5 öffentliche Versammlungen. Zahlreichen hat der Verein 13 gegen 13 im Vorjahre. Die 1233 Mitglieder vertheilen sich in 90 Verufe gegen 47 im Vorjahre. Die Einnahmen beliefen sich im vergangenen Jahre auf 4134,85 M., die Ausgaben auf 3989,25 M. Mithin verbleibt ein Ueberschuß von 151,10 M.

Deutsche Sozialisten in der Schweiz. Der Landes-ausschuß der deutschen Sozialisten in der Schweiz hat im Jahre 1894 bei einer Einnahme (inklusive des Kassenbestandes) von 446,20 Fr. eine Ausgabe von 877,45 Fr. gemacht; und zwar für Unterhaltung von aus dem Auslande gekommenen Genossen 678,60, für Agitation 90 Fr. und „Verschiedenes“ 114 Fr. Das Vermögen der Landesorganisation beträgt 818,75 Fr.

Anläßlich des 55-jährigen Bestehens des kommunistischen Arbeiter-Bildungsvereins zu London geht uns von dort folgender Bericht zu:

Am 7. Februar dieses Jahres werden es 55 Jahre, seitdem der „Kommunistische Arbeiter-Bildungsverein“ in London gegründet wurde. War stürmische Tage hat unser Verein in der Zeit seines Bestehens gesehen. Die revolutionären Bestrebungen Europas seit den 40er Jahren unseres Jahrhunderts fanden hier einen lebhaften Widerhall; viele Persönlichkeiten, die in der Geschichte des Sozialismus eine hervorragende Stelle einnehmen, haben hier gewirkt und ihre Ideen vorgetragen; die geschichtlichen Phasen dieses Vereins geben in auch die Entwicklungsperiode des Sozialismus wieder. Karl Schaper (einer der Gründer des Vereins), Weiling, Etienne Cabet, Karl Marx, Fr. Engels, Freiligrath, Willing, Liebknecht, Joseph Moß, Ecarius, Lehner — alle diskutierten sie hier den großen Gedanken der Menschlichkeit, der Monarchien und stützlichen Umgestaltung der menschlichen Gesellschaft. Die Pseudo-Demokraten der 48er Bewegung, die Gottfried Kinkel u. waren ebenfalls hier zu finden, bis der sozialistische Gedanke aus der Gährung ab-

geträgt hervorging. Das alte Motto des Vereins: „Alle Menschen sind Brüder“, wurde vorläufig beiseite gelassen und an seine Stelle trat der Kriegsruf „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ So lange das Privateigentum besteht, ist jenes Motto doch nur eine Lüge; heute gibt es noch keine in Liebe umschlungene Menschheit. Wir haben nur Klassen: Unterdrückte und Unterdrückte, die sich feind und feindlich gegenüber stehen. Ist der große Kampf ausgefochten, lösen sich die Gegensätze in eine höhere Harmonie auf, dann, erst dann wird das alte Motto zu seinem Rechte gelangen: Alle Menschen werden Brüder sein! Bis dieses so heiß ersehnte Ziel errungen ist, kann nur die zielbewusste Entfaltung des Klassenkampfes unsere Aufgabe sein, zu deren Erfüllung die Proletariat aller Länder sich einigen müssen. Und diesen Klassenkampf mit entsprechenden Waffen auszurüsten, ist unsere weitere Aufgabe.

Gern hätte ich an dieser Stelle einen kurzen Abriss der Geschichte unseres Vereins gegeben. Leider fehlt es aber dazu an den nötigen Quellen. Wohl wurden seit der Gründung des K. A. V. B. die Protokollbücher sorgfältig geführt. Bedauerlicherweise sind sie uns aber abhanden gekommen; anfangs der 80er Jahre wurden wir von den Anarchisten expropriert. Vielleicht werden diese Zeiten die Besitzer der Protokollbücher veranlassen, das Unrecht wieder gut zu machen.

Der K. A. V. B. zählt gegenwärtig an die 200 Mitglieder, darunter einige Oesterreicher, Ungarn, Polen, Franzosen, Engländer, Dänen und Norweger. Von den 200 Mitgliedern kommen leider viele ihren Pflichten nicht genügend nach. Von den Arbeitern, welche nach London kommen, bleiben in der Regel nur diejenigen gute und treue Mitglieder, die in ihrer Heimath überzeugungsreiche Genossen waren. Mit den übrigen, den Müllern, geht gewöhnlich folgende Wandlung vor: Finden sie lohnende Arbeit, so geben sie im Strudel der Vergnügungen unter; geht es ihnen hier schlecht und der Verein kann sie nicht ausreichend unterstützen, so werden sie „revolutionär“ und wir sind ihnen dann zu gemäßig. Den zugewandten, hilfsbedürftigen Genossen gegenüber thun wir unser Bestes. Aber wir selbst sind ja nur arme Hand- oder Kopfarbeiter und können weitgehenden pekuniären Ansprüchen nicht genügen. Wird deshalb diesem oder jenem die weitere Geldunterstützung versagt — flucht er bei den Anarchisten, wo er sich an revolutionären Phrasen berauschen kann. In London ist dies sehr billig und ganz ungefährlich. Wir haben indes einen festen Stamm tüchtiger Genossen, auf die wir jederzeit rechnen können, sonst wären wir garnicht im Stande, einen Klub aufzuhalten, der uns an Miete und Steuern 3530 M. jährlich kostet.

Nach dem am 20. Januar vom ersten Sekretär, Gen. Wulff, erstatteten Berichte hatte der Komm. Arbeiter-Bildungsverein im Jahre 1894 eine

Einnahme von 380 Lfr. 13 Sh. 5 Pence,
Ausgabe „ 327 „ 5 „ 10 „

Ueberschuß 63 Lfr. 7 Sh. 7 Pence.

Unter den Ausgaben befinden sich: Streikunterstützungen nach Schottland und Oesterreich 225 M., an zugewandte Genossen 257 M., an frante Mitglieder 78 M., Verwaltungskosten, Schreibzeug, Porto u. dergleichen kaum 70 M. Die Ueberschüsse werden zur Abzahlung von Schulden, die aus früheren Jahren herkommen, verwendet. Versammlungen fanden 44 statt; davon waren neun den Vereinsangelegenheiten und 35 der Belehrung gewidmet. Unter den Vortragenden befanden sich: Friedrich Engels (am 18. März), Wilhelm Liebknecht, Bernheim, Pinkau-Leipzig, Bekner, Motteler, Pfang, Bronski, Schuhmacher u. a. Auf dem Frankfurter Parteitag waren wir durch Genossen Bekner vertreten.

So geht der Verein, nach 55 Jahren seines Bestehens, jugendkräftig und muthig der Zukunft entgegen. An den Vorgängen in unserem Vaterlande nehmen wir den lebhaftesten Antheil. Wir denken und fühlen deutsch, denn international sein heißt noch lange nicht anti-national sein. Diejenigen, die uns „vaterlandsloses Geseindel“ nennen, mögen hier erfahren, daß es unter den oben genannten nichtdeutschen Mitgliedern einige giebt, die bei uns deutsch gelernt haben und es jetzt lieber sprechen, als ihre eigene Muttersprache. O ja, wir germanistiren, aber nicht durch Ausnahmegesetze und Unterdrückungsmaßregeln, sondern durch unsere Begeisterung für

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!

Und nun noch einige Worte an diejenigen Genossen, die etwa nach London aufzuwandern gedenken. Von einem solchen Beginnen möchten wir entschieden abrathen. Bleib' im Lande und opponire redlich gegen ökonomischen und geistigen Druck. Hier in London ist der Existenzkampf ein sehr bitterer. Es ist ungemein schwierig, Arbeit zu erhalten. Die industrielle Reserve-Armee ist hier bereits eine gewaltige, und sie ist in fortwährendem Anschwellen begriffen. Diejenigen Genossen aber, die aus politischen Gründen hier eine Zuflucht suchen müßten, würden gut thun, sich mit Geldmitteln und Parteipapieren zu versehen.

Lütticher Anarchistenprozeß.

(Original-Bericht.)

Lüttich, 28. Januar.

In der Nachmittags-Sitzung wurde als erster Zeuge der Sattler Bastin vernommen. Jagolkowski hatte behauptet, daß er Mitglied der Bastin'schen Anarchistengruppe gewesen sei. Der Zeuge bezeichnet den Angeklagten Voffem als einen guten, tüchtigen Arbeiter, einen zuverlässigen Kameraden. Verbist galt in der Schleichbach'schen Wirtschaft als Späher. Deshalb, ist dem Zeugen unbekannt.

Staatsanwalt Demarteau: In dem Protokoll über die Vernehmung des Russen in St. Petersburg heißt es: Ich gehörte zur Bastin'schen Gruppe. Meint er Sie damit?

Zeuge: Das weiß ich nicht. Ich habe mit ihm nie etwas zu thun gehabt.

Vertheidiger Rechtsanwalt Schür: Das ist wieder so eine Gemeinheit des Richters.

Zeuge Drechsler Demeur: Ich kenne Schleichbach seit 15 Jahren. Es ist ein ruhiger, stiller Mann. Auch seine Frau ist gutartig. Verbist galt

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

25. Sitzung vom 29. Januar 1895, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher, v. Marschall, Graf Posadowsky.

Zur zweiten Beratung steht die kaiserliche Verordnung betreffend die Erhebung eines Zollzuschlages für aus Spanien und den spanischen Kolonien kommende Waaren vom 25. Mai 1894. Dazu liegt folgende Resolution (v. Salisch u. Gen.) vor:

Die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen in Ergänzung der Vorschriften des § 6 des Zolltarif-Gesetzes vom 15. Juli 1879 auch zollfreie Waaren unter der dort vorgesehenen Voraussetzung mit Zöllen belegt werden können.

Abg. Hammacher beantragt hinter „belegt“ einzuschalten: „und die Zölle auf zollpflichtige Waaren bis auf das doppelte erhöht“.

Abg. Barth (fr. Sp.): Durch die willkürliche Auslegung von Zöllen auf zollfreie Artikel wird notwendig ein hohes nationales Interesse, sei es der Produktion oder der Konsumtion, verletzt. Auch die Erfahrungen in den Zollkriegen der letzten 15 Jahre rathen von solchen Repressalien ab, die nur Erbitterung erzeugen, aber sonst nicht den geringsten Erfolg haben. Praktisch würde die Befugniß des Bundesraths, Zölle in beliebiger Höhe zu decretiren, für Handel und Industrie zu den bedenklichsten Konsequenzen führen. Lassen wir es daher, wenn auch gewiss an der jetzigen Lage ganz allein Spanien schuld ist, bei dem schon genügend scharfen § 6 des Gesetzes bewenden und lehnen wir die Anträge ab!

Abg. Hammacher (natlib.) erkennt an, daß das vorgeschlagene Mittel ein zweischneidiges ist; es geht hier aber nur ein Entweder — Oder! gar keine oder aber scharfe Kampfmittel! Es handle sich hier ganz allgemein darum, zu prüfen, ob § 6 des Zolltarif-Gesetzes genügt, Spanien scheide aus der Betrachtung darüber ganz aus. Mißtrauen gegen den Bundesrath sei nicht am Platze. Redner beantragt, die Resolution der Zolltarif-Kommission zur Verathung zu überweisen.

Abg. v. Salisch (nl.) akzeptirt die Verbesserung seines Antrages durch das Amendement Hammacher.

Abg. Barth kann nicht gelten lassen, daß der Zollkrieg um seiner selbst willen geführt werde; man dürfe also nicht zu Maßregeln greifen, die den Kampf unnütz verschärfen. Wollte man durchaus schneidig vorgehen, dann sei es falsch, bei der Verdoppelung der Zölle stehen zu bleiben.

Abg. von Stumm (Rp.): Die Reichspartei ist mit den Anträgen und mit Kommissionsprüfung derselben einverstanden.

Abg. Hammacher: Dem Bundesrath müssen allerdings für seine Befugnisse bestimmte Grenzen gezogen werden.

Darauf wird die Verordnung genehmigt. Die Anträge gehen an die Zolltarifkommission.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs, betr. die Abänderung der Gewerbeordnung (Hausirgewerbe) in Verbindung mit der ersten Lesung des denselben Gegenstand betreffenden Zentrumsantrags Grober-Hörschädler u. Gen.

Abg. Schädler (Zentrum): Endlich kommt der Bundesrath mit einer Vorlage, nach der im Reichstage seit zehn Jahren gerufen worden ist! Die bayerische Regierung hat seit Jahren beim Bundesrath einen Antrag eingebracht, der das Hausirgewerbe betrifft; aber die Schnelligkeit der Erledigung wie bei Militär- und Marine-Vorlagen war ihm nicht beschieden. Ich beantrage, beide Entwürfe an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen. Die Vorlage bedarf kommissarischer Prüfung umso mehr, als sie außerordentlich unübersichtlich gearbeitet ist. Materiell kommt die Vorlage unseren Wünschen gänzlich entgegen, in einigen Punkten bleibt sie aber beträchtlich hinter ihnen zurück. Redner geht nun die einzelnen Bestimmungen der Vorlage durch. Die Einschränkung der Konzession für Privat-Krankenhäuser scheint ihm zu weit zu gehen. Mehr befreundet er sich mit der beabsichtigten Einschränkung der Konzession für Schaupielunternehmer. Beanstandet wird von ihm die Ausdehnung der Bestimmungen über die Bedürfnisfrage für den Betrieb der Gast- und Schankwirtschaft, sowie über den Kleinhandel mit Branntwein auf Konsum- und andere Vereine, da er davon Gefahren der Behörden, unter Umständen auch aus konfessionellen Rücksichten, gegen missliebige Vereine befürchtet. Ebenso hält er die Unterstellung der Droguenhandlungen unter den § 35 der Gewerbeordnung für nicht unbedenklich. In Bezug auf den Hauptgegenstand der Vorlage, das Hausirgewerbe, gehe der Entwurf lange nicht weit genug. Der Zentrumsantrag habe dagegen zum Ausdruck gebracht, was die Mehrheit des Reichstages verlange, denn er sei lediglich die Hingabe der vorjährigen Kommissionsbeschlüsse zum gleichen Antrag. Das Zentrum wolle den Hausirern weder das Lebenslicht ausblasen noch den Hausirhandel unterdrücken, aber daneben wolle es das Kleinhandwerk und das Kleingewerbe erhalten. Das Zentrum verlange völlige Gleichstellung des Hausirbetriebs innerhalb und außerhalb des Wohnortes; es wolle die Bedürfnisfrage in irgend einer Form eingeführt wissen und den Kreis der vom Hausirhandel ausgeschlossenen Artikel beträchtlicher, als die Vorlage vorschlägt, erweitern. Einverstanden sei es mit der Altersgrenze von 25 Jahren für den Betrieb des Hausirgewerbes, fordere aber auch den Ausschluß der Frau vom Gewerbebetriebe im Umherziehen, da die Frau in die Familie gehöre.

Abg. Krüger (nl., Kreisdirektor in Wandersheim) steht auf dem Boden der Vorlage. Nicht ausreichend seien die Vorschläge des Entwurfs in betreff der Einschränkung der Erlangung des Wandergewerbescheins. Der Kleinhandel mit Bier, der in Wirklichkeit nur ein versteckter Winkelausschank sei, werde mit Recht dem § 35 unterstellt, wonach der Gewerbebetrieb unterlag werden kann, wenn die Zuverlässigkeit des Inhabers durch bestimmte Thatfachen erschüttert erscheint. Redner tritt dem Antrag auf Kommissionsberatung bei.

Abg. Schneider (fr. Sp.): Was den einen sin Uhl, ist den annern sin Nachtigall! (Heiterkeit.) Wir sind sehr zufrieden, daß die Vorlage lange nicht soweit geht als der Zentrumsantrag. Um den seßhaften Kaufleuten und Handwerklern eine lästige Konkurrenz vom Hals zu schaffen, soll hier ein großer, wichtiger Erwerbszweig in noch stärkeren Fesseln geschlagen werden. Da machen wir nicht mit. Wenn man schon die Gewerbeordnung durchlöchern will, so soll man es wenigstens gleichmäßig und übereinstimmend machen, nicht aber die Durchlöcherung den einzelnen Verwaltungsbehörden überlassen. Außerordentlich bedenklich ist die Bestimmung, wonach den Landesregierungen freistehen soll, auch Konsum- und andere Vereine ohne jede Einschränkung der Prüfung der Bedürfnisfrage auch dann zu unterwerfen, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist. Von der beabsichtigten Verschärfung der Konzessionsbedingungen für Schaupielunternehmer, daß die Konzession gerade immer nur auf das jeweilig betriebene Unternehmen beschränkt werden soll, wird ein wirklicher Schuß gegen Malversationen derartiger Unternehmer nicht zu erwarten sein. Den kleinen Handel mit Bier, den man, um ein Kampfmittel gegen den Schnapsgeiz mehr zu haben, feinerzeit von der Konzessionspflicht ausschloß, will man jetzt wieder unter Be-

dingungen stellen, welche keinen anderen Erfolg haben werden, als einer Anzahl ehrlicher Leute den Existenzkampf noch mehr zu erschweren. Dasselbe gilt vom Droguenhandel, gegen den nur die Apotheker ihre Agitation richten, um sich von einer ungleichen Konkurrenz zu befreien. Wenn sich der Born der seßhaften Kaufleute gegen die Detailreisenden richtet, so müßte man in Konsequenz dieser Auffassung auch die Auslagen in den Schaufenstern und die Verwendung von Zirkularen verbieten, die mindestens denselben, wahrscheinlich aber größeren Effekt auf dem Gebiete des Wettbewerbs mit dem seßhaften Mittelstande äußern. Der größte Theil der Klagen über mangelnden Absatz und Rückgang der Prosperität beim seßhaften Kaufmanns- und Gewerbebetriebe läßt sich auf die übermächtige Konkurrenz der großen Versandgeschäfte zurückführen, die von dieser Vorlage gar nicht getroffen werden, während man den Detailreisenden und den kleinen Häusern zu Leibe gehen will. Nicht bloß die Detailreisenden verdienen die Rücksicht des Bundesraths, ihnen zu Leibe soll nämlich den Behörden gestattet sein, Ausnahmen zu machen; ganz ähnlich aber werden die zahlreichen Personen, welche das Vieleselder Leinen auf Grund hundert-jähriger Provis haufend vertreiben, die gleiche Rücksicht verlangen können. Es liegt auch gar kein vernünftiger Grund vor, den städtischen Behörden das ihnen bisher zugehende Recht der Zulassung der sogenannten Stadtreisenden zu beschneiden. Die Vorlage will den vom Hausirbetriebe ausgeschlossenen Artikeln auch Säme, Sträucher, Samereien, Blumen, Zwiebeln und Futtermittel hinzufügen; und zur Begründung wird auf die Täufung des laufenden Publikums durch schlechte Waare verwiesen. Aber auch die seßhaften Kaufleute ziehen mit ihren Samereien nicht auf die landwirtschaftlichen Versuchsstationen zur Untersuchung. Ferner sollen Schmuckfachen, Bijouterien, Brillen und optische Instrumente ausgeschlossen sein. Man will damit die Ausbeutung der Eitelkeit der unerfahrenen Kaufstümpen verhindern. Aber auch in dieser Beziehung fällt dem Hausirbetriebe nichts Schlimmeres zur Last, als man den Auslagen der seßhaften Gewerbebetriebe vorwerfen kann. Die Folgen der Annahme des Gesetzes würden zunächst in der Zulassung einer ungeheuren Menge von Ausnahmen und in einer mächtigen Zunahme der Schreiber bei den Polizeibehörden bestehen; würde aber die Durchführung der beabsichtigten Verbote und dergleichen strikte betrieben werden, so wäre eine starke Vermehrung des kaufmännischen Proletariats die Folge. Bisher hat man der Umgehung des Verbotss, wie sie die moderne Entwicklung mit sich gebracht hat, mit polizeilichen Absperrungsmitteln, wie sie auch hier wieder vorgeschlagen werden, nicht beikommen können; auch die weitergehenden Anträge des Zentrums werden diese Aufgabe nicht lösen.

Abg. v. Holkenauer (nl.): Meine Partei steht der Vorlage sympathisch gegenüber. Wir wollen überhaupt das Hausirgewerbe zu gunsten des seßhaften Mittelstandes einschränken (Weisfall rechts) und das ließe sich sehr wirksam mit dieser Erhöhung der unteren Altersgrenze erreichen. Wir wollen die jugendlichen Leute von diesem Gewerbe fernhalten. Die Gemeindebehörden haben aus Gründen, die außerhalb der Erwägung des Gesetzgebers liegen, tatsächlich von ihren Befugnissen zur Einschränkung der Zulassung von Hausirern innerhalb des Gemeindegebietes keinen oder nicht den wünschenswerthen Gebrauch gemacht, und deshalb ist die Befestigung des Gemeindebeschlusses durchaus angezeigt. Vielleicht aber könnte die Gemeindebehörde auch in Zukunft wenigstens gehört werden. Namentlich wird auf diese Weise ein arger Mißstand beseitigt werden können, der sich dem Beobachter des Großstadtlebens aufdrängt. Die Verwendung kleiner Kinder zum Hausiren mit Blumen, Streichhölzern und dergleichen. (Sehr wahr! rechts.) Für das Droguengeschäft ließe sich vielleicht eher der Befähigungsnachweis einführen. (Zustimmung rechts.) Vielfach wird über die Art und Weise der Ausführung der Kontrollen und Revisionsvorschriften gellagt, wie denn auch in den Apotheken nicht alles in bester Ordnung zu sein scheint. Redner tritt dem Vorschlag auf Kommissionsberatung bei. Offenlich wird manche der weitergehenden Bestimmungen des Antrages des Zentrums in die Vorlage hineingenommen werden können.

Hierauf wird die Verlegung beschlossen.

Schluß 1/5 Uhr.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Schwerinssag. Antrag der Sozialdemokraten und Ulfasser auf Aufhebung des Diktaturparagraphen für Elsas-Lothringen, erste Lesung; Antrag Ander wegen anderweitiger Abgrenzung der Wahlkreise.)

Abgordnetenhans.

7. Sitzung vom 29. Januar, 11 Uhr.
Am Ministerische: Fürst v. Hohenlohe, v. Hammerstein, Miquel und Kommissarien.

Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abg. Brauner in der üblichen Weise.

Das Haus beginnt die zweite Beratung des Staats-haushaltsetats für 1895/96 mit dem Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung. Die Einnahmen werden ohne Debatte genehmigt.

Beim ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers ergreift das Wort der

Landwirtschaftsminister von Hammerstein: Gestatten Sie mir zunächst einige persönliche Bemerkungen. Seit Jahren liege ich den verschiedenen agrarischen Interessen ob und habe Gelegenheit gehabt, fast in allen diesen Dingen öffentlich Stellung zu nehmen. Zu diesen Bemerkungen geben mir zwei Äußerungen des Abg. Richter bei der Generaldebatte Veranlassung. In einer Beziehung äußerte er sich richtig. Er sagte, ich sei ein prinzipieller Gegner aller Handelsverträge; ich bin ein entschiedener Gegner des österreichischen Handelsvertrages gewesen. Sie wissen auch alle, daß ich im Landesökonomie-Ressortum mit einem sehr eingehenden Antrage belampt habe und, so weit ich mich erinnere, ist dieser Antrag einstimmig angenommen, aber nicht berücksichtigt worden. Dagegen ist eine Hebung des Abg. Richter insofern unrichtig, als ich wiederholt öffentlich ausgesprochen, daß nach Abschluß des österreichischen Handelsvertrages der Abschluß der anderen Verträge Selbstfolge sei. Ich bin auch noch der Meinung, daß

wollte, dann würde das eine Operation sein, bei welcher der Patient stirbt. Der Entwurf eines Gesetzes über das Ansehenrecht wird Ihnen vorgelegt werden, um einen Versuch auf diesem Gebiet zu machen.

Ich komme nun zu der Frage der Erhöhung der Preise. Es wird gesagt, während der Zeit der Kampfzölle gegen Rußland sei niemals die Wirkung der Zölle beim Getreidepreise erkennbar gewesen, daneben habe immer ein großer Unterschied des Preises zwischen dem Osten und dem Westen bestanden. Jetzt aber wirkt der geringere Zoll von 3,50 M. vollständig in seiner ganzen Höhe. Das liegt an der Aufhebung des Identitätsnachweises. Der Antrag des Grafen Kanitz wird jetzt überall besprochen. Da derselbe erst gestern formuliert ist, kann ich darüber nicht reden, sondern nur über die zu Grunde liegenden Gedanken. Es steht in Frage die Monopolisierung der Einfuhr, die zweifellos schon allein auf den Preisstand einwirken würde und daneben die Bestimmung eines festen Preises nach dem Durchschnitt der letzten 40 Jahre. Ferner kommt in Frage die Monopolisierung der gesamten inneren Getreideproduktion. Dann kommt die Erhebung einer Verbrauchssteuer von Getreide und eine Kontingentierung des Getreide-Einfuhrs sowie das Brotmonopol in Frage und endlich das Mühlenmonopol des Herrn Camp.

Würden die Sachen im Reichstage angenommen, so läme in Frage: wie stimmen die Dinge mit den Handels-Verträgen? Ein Vertrag mit den Handels-Verträgen ist unentbehrlich. Ich glaube, ohne im Namen der Staatsregierung ein entscheidendes Urteil abgeben zu können, die Monopolisierung der Einfuhr steht in den Handels-Verträgen nicht; aber alle die anderen Dinge sind mit den Handels-Verträgen nicht vereinbar. Ich finde durchaus keinen Anlaß, heute namens der Regierung zu erklären, die Sache ist unannehmbar. Damit nicht der Verdacht noch mehr Nahrung findet, daß die Staatsregierung die ihr zur Verfügung stehenden Mittel zur Abhilfe nicht anwendet, würden wir auf eine sorgfältige Prüfung nicht verzichten wollen. Wir wollen untersuchen, ob die Sache ausführbar ist. Se. Majestät der Kaiser will den Staatsrath berufen, und diese Frage wird einen der wichtigsten Gegenstände für die Beratung bilden. Es ist ja denkbar, daß etwas Erreichbares sich herausfinden läßt. Mit dieser Erklärung, glaube ich, müssen Sie zufrieden sein; denn die preussische Staatsregierung kann nicht eine bestimmte Erklärung über Anträge abgeben, die noch keine konkrete Gestalt angenommen haben. Nicht einmal die Frage ist zu beantworten, ob die Handelsverträge verletzt werden oder nicht. Ueber die Währungsreform hat eine Untersuchung stattgefunden. Eine konkrete Gestaltung hat der Gesetzentwurf noch nicht angenommen; er hat noch nicht alle Stadien passiert. Aber zu hoffen ist, daß eine den Wünschen der Neuzeit und der Landwirtschaft entsprechende Vorlage an den Reichstag kommt. Eine Währungskonferenz ist auch von der Reichsregierung einberufen worden, deren Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind.

Eine Regelung der Währungsfrage liegt auch im Interesse der Landwirtschaft. Aber der Meinung sind doch wohl auch die ärgsten Wirtschafften, daß Deutschland allein nicht vorgehen kann. Die Aufhebung dieser Frage durch die Agitation ist nicht richtig; solche Dinge sollte man nicht in die großen Massen bringen. In Bezug auf die Silo-Anlage will die Regierung Versuche machen. Zur Kündigung des Handelsvertrages mit Argentinien kann ich keine Stellung nehmen; es hängen davon auch andere Interessen als die der Landwirtschaft ab. Bezüglich der Margarine wird dahin zu wirken sein, daß sie nicht unter dem Namen Butter verkauft werden darf. Bei der Staatsregierung werden alle ausführbaren Maßnahmen die weitgehendsten Unterstüßungen und das weitgehendste Verständnis finden. Was wir nicht machen können, das müssen Sie uns nicht anrechnen. Wir müssen alles, was wir thun, vereinbaren können mit unserem Gewissen und unserer Ueberzeugung. Aber vor allen Dingen soll man im Lande nicht glauben, die Staatsregierung kann helfen und will nicht helfen; so liegt es nicht; sie will helfen wo sie helfen kann. Daß wir auf dem Wege der Selbsthilfe mit der Verwendung kleiner Mittel alle emsig, thätig vorgehen, gemeinsam mit der Regierung, so daß es uns gelingen möge, auf diesem Wege zur Beseitigung des Nothstandes zu gelangen — das wolle Gott! (Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Nach dieser 2 1/2 stündigen Rede trat große Unruhe im Hause ein.

Abg. v. Buttamer-Blau (L.) spricht seine Freude darüber aus, daß die Landwirtschaft endlich einem Minister gegenübersteht, zu dem sie volles Vertrauen haben auf Grund seiner langjährigen Thätigkeit an der Spitze des Landes-Oekonomiellegiums und des deutschen Landwirtschaftsrathes. Man darf annehmen, daß er seine früheren Anschauungen weiter verfolgen wird. Die Minister sollten nicht bloß immer den weiten Blick haben, sondern sie sollten sich um das Leben der Bauern kümmern, wie Friedrich der Große es gethan hat, der oft im Lande unentgeltlich herumreiste, um zu sehen, ob seine Anordnungen von Erfolg begleitet gewesen sind. Die Landwirtschaft hat, mit Ausnahme der äußersten Linken, überall Freunde, manchmal allerdings etwas versteckte, die sich von ihrem Manchesterthum noch nicht losgemacht haben. Wir wollen keine Erregung im Lande, wir schieben nicht der Regierung allein die Schuld zu, wir wissen, daß es sich um eine internationale Krise handelt. Aber etwas mehr hätte zur Abhilfe geschehen können und manches Geschehen hätte unterlassen werden können. Mit rückwirkender Kraft können wir das Vertrauen nicht auf die frühere Regierung ausdehnen. (Zustimmung rechts.) Hätten wir uns nicht durch eine falsche Politik die Hände bis 1904 gebunden, dann würden wir den Nothstand wenigstens mildern können. Daß der Minister sich mit dem noch nicht vorliegenden Antrag Kanitz beschäftigt, hat mich nicht gerade erfreut, denn die Meinungen klangen nach einem Begräbnis, wenn auch erster Klasse. (Sehr richtig! rechts.) Denn daß die Beratung im Staatsrath mit Aussicht auf Erfolg begonnen wird, will mir nicht recht glaublich erscheinen. Bezüglich der Remonetisierung des Silbers hat der Minister sich zurückhaltend geäußert; er hat aber die wichtigste Frage: nämlich ob Deutschland die Initiative ergreifen werde, sich nicht geäußert. (Sehr richtig! rechts.) Wenn der Westen mehr für den Verkehr gethan hat, so liegt das an der größeren Volkstichtigkeit und Wohlhabenheit. Der Appell des Ministers bezüglich der Wasserstraßen und Kanäle hätte seinem Kollegen, zu dessen Ressort diese Dinge gehören, überlassen bleiben sollen. Für den Osten passen die Kanäle nicht. (Sehr richtig! rechts.) Sie würden mehr dem Import als dem Export dienen. (Zuruf des Abg. Wallbrecht: Der Mittelkanal auch!) Trotzdem die Auslassungen des Ministers nicht ganz unseren Erwartungen entsprechen haben, so werden wir dieses Vertrauen doch nicht erschüttern lassen, und wenn es ihm gelingen sollte, die Noth der Landwirtschaft zu mildern, so werden wir ihm dankbar sein; sein Name wird in der Geschichte aufbewahrt bleiben. (Beifall rechts.)

Abg. Camp (L.): Ich kann den Minister auch namens meiner Freunde unsern vollsten Vertrauens versichern; wir hoffen, daß es ihm gelingen wird, die Lage der Landwirtschaft zu verbessern. Die neuere Gesetzgebung hat die Landwirtschaft ver-nachlässigt, das haben Männer wie Schmöller und Vasker schon vor Jahren anerkannt. Die Aufhebung der Grundsteuer ist nur ein Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit; seit Jahrzehnten hat die Landwirtschaft mehr Steuern gezahlt, als ihr nach ihrer Leistungsfähigkeit zufließen würde; ähnlich liegt es auch mit den Schul- und Armenlasten. Mit der Fixierung eines Getreidepreises nach dem Antrage Kanitz können sich die Produzenten jedenfalls ein-verstanden erklären, aber auch die Konsumenten, denn die Preise sind in früheren Jahren auf und abgestiegen in so kurzen Zeit-

räumen, daß die niedrigeren Preise den Konsumenten niemals zu gute kommen konnten. Denn nur die Erhöhung der Preise wirkt momentan zum Schaden der Konsumenten, die Ermäßigung aber erst nach längerem Anhalten niedriger Preise. Deshalb wäre an sich eine gleitende Skala für die Getreidezölle angebracht gewesen. Wenn man das Monopol aus dem Antrage Kanitz herausreißt, dann verdient derselbe alle Beachtung und wenn die Handelsverträge einmal abgelaufen sein werden, dann wird man sich des Antrages wohl erinnern, denn er stellt eigentlich nur eine gleitende Skala dar. Ob der Antrag gegen den Buchhandel und den Geist der Verträge verstoßen, können nur diejenigen entscheiden, die die Verträge abgeschlossen haben. Jedenfalls müsse man dankbar anerkennen, daß der Minister den Antrag nicht einfach abgelehnt, sondern eine sorgfältige Prüfung zugesagt hat. Jedner ist im allgemeinen bereit mitzuwirken an allen solchen Maßregeln, welche Deutschland vor den agrarischen Nothständen Irlands und Siziliens bewahren.

Um 4 1/2 Uhr wird die weitere Debatte bis Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Lokales.

Den Parteigenossen des 6. Wahlkreises, die versäumt haben, den „Vorwärts“ zum 1. Januar bei ihrem Spediteur abzustellen und die Besorgung des Blattes der Parteispedition zu übertragen, sei in Erinnerung gebracht, daß sie zum 1. Februar baldmöglichst diese Abbestellung zu veranlassen haben. Bestimmungen auf den „Vorwärts“ für die Parteispedition nehmen entgegen: Für Moabit: Spediteur Hempel, Börsenstr. 16; für Wedding: Spediteur Stolzenberg, Bismarckstr. 14; für Oranienburger Vorstadt: Spediteur Weiss, Tegelerstr. 27; für Gesundbrunnen: Spediteur Gahmann, Grünhaldenstr. 67; für Kopen-thaler Vorstadt: Spediteur Rosenthal, Swinemünderstr. 70; für Schönhauser Vorstadt: Spediteur Mars, Kastanien-Allee. — Auch ist bei den vorgenannten sämtlichen Parteiliteratur, sowie der „Vorwärts“ im Einzelkauf zu haben.

Der Vertrauensmann.

Den Vereinen Moabits zur Nachricht, daß durch Aufhebung des Bierbottells ihre Angelegenheit der Kommission gegenüber erledigt ist. Die vorhandenen Gelder, abzüglich der entstandenen Unkosten, sind nach genauer Prüfung durch die Kommission an den Parteivorstand abgeliefert. Sie befinden sich in der Jannar-Abrechnung. H. Millard.

Die am Montag in Charlottenburg erfolgte Erziehung zum Stadtverordneten-Kollegium hatte folgendes Resultat:

In der Turnhalle der Realschule in der Schlossstraße für Fräulein 137 Stimmen, für Dr. Hellgrewe 111 Stimmen, für Buchdrucker Goerke 220 Stimmen (1 ungültig). In Ulbrichs Wirthshaus für Fräulein 299 Stimmen, für Dr. Hellgrewe 118 Stimmen, für Buchdrucker Goerke 291 Stimmen. Im ganzen entfielen also auf Fräulein 436 Stimmen, auf Dr. Hellgrewe 224 Stimmen, auf Goerke 511 Stimmen. Im ganzen 1081 Stimmen. Da die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht ist, ist eine engere Wahl zwischen Goerke (Soz.) und Fräulein (Kontropartei) erforderlich.

Bei der letzten Wahl am 18. November vorigen Jahres stießen auf unsere Genossen 402 Stimmen und auf den Gegnern 376 Stimmen. Es ergibt sich also ein Zuwachs für die Sozialdemokratie um 109 Stimmen. Die Parteigenossen werden bei der Stichwahl nothwendig ihre Pflicht thun, um ihren Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

„Auch munkelt man von einer Amnestie“ ... „Wer aber sollte in der Kera der Unsturz, Paragraphen amnestirt werden?“ So schrieben wir am Sonntag, als wir zur Erbitterung aller Königsreue Elemente das liebe Berlin von den zu erwartenden Gnadenbeweisen so frühzeitig wie möglich in Kenntniß setzten. Von einer Amnestie hat nun zwar, wie wir gleich vernehmen, nichts verlautet, aber so ganz aus dem Holzwege waren wir mit unserer Nachricht doch nicht. Aus der Amnestie wurden Begnadigungen, von denen jetzt erst die Rede ist, an die Öffentlichkeit dringt; und die Frage, wer denn begnadigt werden soll, hat eine wahrhaft unüßergiltig preussische Antwort erhalten.

Man vernähme, was ein Gerichtsberichterstatter mittheilt:

1. Die im Weiber-Zuchthause zu Sagan internirte Gattenmörderin Wieland aus Schweinitz bei Grünberg in Schlesien, die vor circa 25 Jahren ihren Ehemann, den Kürschnermeister Wieland ermordete, deshalb zum Tode verurtheilt, dann aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt wurde, ist am Geburtstage des Kaisers völlig begnadigt worden. Am Montag früh traf die kaiserliche Kabinetsordre in Sagan ein und schon eine Stunde später öffneten sich ihr die Pforten des Zuchthaus, in welchem sie ein Vierteljahrhundert zugebracht hatte.

2. Der Nachtwächter Gildbrandt in Nixdorf (seligen Andenkens) wurde am 12. Mai v. J. wegen eines unerhörten Mißbrauchs seiner Amtsgewalt von der zweiten Strafkammer am Landgericht II zu neun Monaten Gefängnis verurtheilt. Er hatte einen Arbeiter, den er ohne Veranlassung des Nachts arreirte, in der Wachtstube in brutaler Weise mißhandelt. Der Vorsitzende des Gerichtshofes bemerkte damals, daß das Urtheil noch viel höher ausgefallen sein würde, wenn der Angeklagte nicht noch unbescholten wäre. Von diesen neun Monaten sind dem v. Gildbrandt durch kaiserliche Gnade sechs Monate erlassen worden, den Rest der Strafe hat er vor einigen Tagen in Nixdorf angetreten. Indessen schwebt gegen ihn noch ein neues Verfahren wegen Amtsvergehens. Was will man mehr?

Nicht weniger als die Verpfehlung unserer Dichter und Denker verlangt jetzt das „Berliner Tageblatt“. Das ob der verprochenen Hohenjoller-Statuen ganz aus dem Häuschen gerathene Organ der Kammerknechte leistet sich folgende Abgesandtheit:

Wenn recht des Brandenburger Thores die Fürken, Soldaten und Staatsmänner dem Auge des Volkes vorgeführt werden sollen, so wird die linke Seite für die Männer der Kunst und Literatur, für die Geistesheroen bestimmt bleiben und so in der Richtung seinen Ausbaa finden müssen. Dort werden auch die Standbilder der großen Meister der Musik stehen, die in langer Reihe von Handel bis Wagner uns in unseren Konzerten so lebendig erhalten sind, während ihre Persönlichkeit noch durch kein Standbild dem Volke nahe gebracht ist.

Eine allerliebste Idee zur Zeit der Unsturzparagraffen: Man denke sich den Philosophen Wolff auf einem Fleder mit Friedrich Wilhelm I., dem Mann, der den Denker an den Galgen bringen wollte, oder Richard Wagner neben dem hausbadenen Heldenreiß! Es ist zwar schon viel Schlimmes gele

im Jahre 1890 — mitgemacht. Nach einer bei dem Tode vor- gefundenen Altersversicherungskarte zu urtheilen, scheint M. in letzter Zeit in Berlin gearbeitet zu haben. Das Instrument, mit welchem der Arbeiter am Fenster sich zu schaffen machte, ist bis jetzt noch nicht gefunden; M. dürfte dasselbe wohl auf der Flucht weggeworfen haben. Wie wir noch erfahren, ist seit etwa 14 Tagen ein Arbeiter Müller, der etwa 28 Jahre alt ist, aus Werneuchen heimlich fortgegangen. Derselbe, der Frau und zwei Kinder besitzt und geistig nicht ganz zurechnungsfähig war, soll sich angeblich nach Berlin gewandt haben. Ob derselbe mit dem Erschossenen identisch, wird die Untersuchung ergeben.

Es wird sich bei dem einschlägigen Vorfall in der That um einen Jenseitigen gehandelt haben, denn ein zurechnungsfähiger Mensch kann nicht die Tollheit begehen, im Angesicht der schießenden Platte „einzubringen“ und dann vor dem Militärposten stehen zu nehmen. Und die Folge dieser Narrheit ist im Militärstaat der Tod durch das Achtmillimeter-Geschoss — so will es die Stille des Ordnungstaates, die maßgebende Militärdisziplin noch an der Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts!

Der Soldat, der den Unglücklichen erschossen hat, soll Wollmilch heißen und in der 12. Kompagnie des Garde-Füsilier-Regiments dienen.

Noch ein Bild aus dem Militärstaat. Vermißt wird seit dem 18. v. M. der 24 Jahre alte Russetier Richard Behne vom 76. Regiment, der zu seinen Eltern nach dem Kottbusserdamm in Niddorf beurlaubt war, aber Weisheit erhalten hatte, sich an dem genannten Tage um 6 Uhr abends bei seinem Truppendienst zu stellen. Er war in einer Straffache wegen Angriffs auf einen Vorgesetzten zunächst mit 2½ Jahren Festung bestraft worden, dann aber freigesprochen, weil sich begründete Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit herausgestellt hatten. Das freisprechende Urtheil ist inzwischen bestätigt worden, ohne daß Behne davon Kenntniß hat. Es wird nun angenommen, daß er, obgleich er in Hamburg eingetroffen ist und seine Ausreisepässe bei einem Kommitteeboten Vedmann abgegeben hat, sich aus Furcht vor der Strafe verborgen hält. Das Kommando d. r. 17. Division hat nun den Eltern unter dem 25. d. M. aufgegeben, den Aufenthaltsort ihres Sohnes anzugeben, da er sonst als fahnenflüchtig verfolgt werde. Die Eltern wissen sich aber keinen Rath, ihren Sohn vor den Folgen seines Fernbleibens zu schützen, da ihnen der Verbleib unbekannt.

Der bekannte Schriftsteller Gustav Dahms ist am Sonntag von einem bedauerlichen Unfall betroffen worden. Auf dem Wege vom Redaktionslokal nach seiner Wohnung glitt er aus und fiel so unglücklich, daß er den Arm brach.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Montag Abend vor dem Hause Brunnenstr. 15. Dort wird ein Straßenbrunnen gebaut, und die zu diesem Zweck aus dem Schacht ausgegrabene Erde wurde von den Arbeitern seitlich auf den Fahrdamm zu einem Hügel aufgeschüttet. Gegen 10 Uhr abends jagte nun das schwebende Pferd der Droschke 1. Klasse Nr. 31 über den Sandberg hinweg, das Gesicht stürzte auf dem Sandhaufen um und begrub den Droschkenkutscher unter sich, der dabei so schwere innere Verletzungen erlitt, daß er nach dem Lazarus-Kranken- hause geschafft werden mußte. Die Droschke selbst ist total zertrümmert.

Sobald die Kälte strenger wird, ist in der besten der Welten auch regelmäßig von Unglücksfällen zu berichten, die obdachlos und ohne Nahrung ein Opfer unserer herrlichen, durch Umsturzparagrafen zu schützenden „Ordnung“ geworden sind. So wurde auch am Montag Morgen ein unbekannter Mann todt aufgefunden, der in einem Arbeitswagen auf dem Kersten'schen Holzplatz am Maybach-Ufer genächtigt hatte und daselbst erfroren war. Da die Personalien desselben nicht festzustellen, wurde er nach der Leichenhalle in Niddorf gebracht. — Ein Hoch der besten der Welten!

Und noch ein Opfer des Frosts! Am Montag früh fanden Arbeiter auf einem Grundstück in der Schinkstraße zu Niddorf einen Mann todt auf einem Wagen liegend. In ihm ist ein nur unter dem Namen „Josef“ bekannter obdachloser Arbeiter erkannt worden, der auf dem Wagen nächtigen wollte, aber durch die übergedeckten Sachen nicht genügende Wärme gefunden hatte.

Der Arbeiter Jenzins, von dessen Mißgeschick wir gestern berichteten, wohnt nicht Fruchtstraße, sondern Pflugstraße 13, Quergeb. part.

Eine Betrügerin geht unter dem Namen einer Buchdrucker- frau E. in Werkstätten und Fabriken und bittet die Arbeiter um Unterstützungen unter der erlogenen Angabe, daß ihr Mann krank sei. Die Schwindlerin ist von unterfester Natur. Es wird ersucht, die Frau, die auf den Namen eines Parteigenossen schwindelt, das Handwerk zu legen.

Witterungsübersicht vom 29. Januar 1895.

Stationen.	Barometer- stand in mm. reduziert auf d. Meeresesp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) 9 U. 9 P.
Swinemünde.	770	ONO	2	Schnee	-9
Hamburg.	770	OSO	1	Nebel	-13
Berlin.	770	Stil	—	Nebel	-13
Biesbaden.	769	WS	1	bedeckt	-14
München.	766	WS	2	Schnee	-14
Wien.	764	WSWS	4	Schnee	-8
Parananda.	770	Stil	—	heiter	-24
Petersburg.	774	WS	0	Nebel	-13
Cord.	768	WSWS	4	bedeckt	-7
Nürnberg.	766	WSWS	2	bedeckt	-4
Paris.	768	WSWS	2	bedeckt	-4

Wetter-Prognose für Mittwoch, 30. Januar 1895.

Zeitweise nebelig, vielach heiteres Wetter mit strengem Frost und aufsteigenden nördlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Polizeibericht. Am 28. d. M. morgens fiel in der Münz- straße einem mit Schneeschuhen beschlagenen Mann von einem vorüberfahrenden Rollwagen eine etwa 3½ Zentner schwere Kiste auf den Rücken und schlug ihm schwere innere Verletzungen zu. — Vormittags erkrankte sich eine Frau in ihrer Wohnung in der Böckstraße. — Infolge der Kälte fiel nachmittags in der Sendelstraße ein Arbeiter hin und verletzte sich erheblich an der Hüfte. — Auf dieselbe Weise verunglückte abends auf der Wellenallee ein Arbeiter. Er erlitt einen Bruch des Unterschenkels. — Im Laufe des Tages fanden fünf Brände statt.

Theater.

Das Schiller-Theater hat sich vor endgültiger Annahme der Umsturzvorlage noch an zwei Stücke herangewagt, die in einigen Wochen möglicherweise schon von einem pflichtgetreuen Polizeiwachtmeister oder Staatsanwalt mit dem Bismarck- Gemeindefriede versehen werden können. Zuerst wurde Heinrich v. Kleist's prächtiger Einakter „Der zerbrochene Krug“ aufgeführt, ein der besten Meisterwerke unserer Zeit, der modernen Komposition Blumen- thal und Nadelburg leider immer noch nicht vom Fleck gekommenen Lustspiel-Literatur. Das kleine Scherzstück Kleist's

schildert mit geradezu bedenklich ungenierten Strichen die Brutalität, Niedertracht und sittliche Verworfenheit eines Mannes, der, ohne einen Funken Verstand in sich zu tragen, trakt seiner triebenden Eitelkeit sich berufen fühlt, über das Geschick ehrlicher Leute im Namen des Gesetzes abzuurtheilen. In ausgeprägter Charakteristik wird die komische Angst des Kriechers geschildert, als das Donnerwetter sich über ihn zusammenzieht, und gar aller Staatsraison widersprechend ist das Urtheil, das am Schluß über den Edder gefällt wird.

Gespött wurde vorzüglich. Herr Walden gab den Dorf- richter für einen Holländer ein wenig zappelig, aber dafür auch desto wirkungsvoller. Der Schreiber des Herrn Schmaus war eine fein pointierte Figur, desgleichen der von Herrn Laurence dargestellte Gerichtsrath. Frau Martha Mull und ihre Tochter wurden von den Damen Werner und Lebermann vortrefflich ge- spielt. Bravo waren auch Langel Vater und Sohn von den Herren Junst und Pahlau charakterisirt.

Dem deutschen Publikum folgte ein französisches Intriganten- Stück, Scribe's „Frauenkamp“. Die possidliche Figur dieser Komödie ist ein Präst, der den verschiedensten Regie- rungen, welche in Frankreich am Anfang des Jahrhunderts ein- ander ablösten, mit gleich lauterem Patriotismus gedient hat. Der Republik schwört er Treue, dem Kaiserthum ebenfalls und als nach Napoleons Sturz der weiße Schrecken Frankreich schändet, da spionirt der Staatsdiener in unwandelbarer Treue zu seinem königlichen Landesherrn im Hause einer Freundin, um dort einen bonapartistischen Staatsverbrecher zu ergattern. Die Art, wie zwei Frauen, die den Flüchtling mit gleicher Liebe umschwärmen, dem tölpelhaftesten Streber eine Nase drehen, ist in dem Stück mit viel Pläster und Klebseifebrigkeit geschildert. Bedenkt- licher aber noch, als die Bloßstellung eines frecherhaften Gauners sind die Gedanken, die in dem Lustspiel über das „heitere Bild“ des Bürgerkrieges zum Ausdruck kommen. „Jede Kugel, die den Mitbürger trifft, trifft das Herz des Vater- landes“. Ist das nicht die Verkennung aller schneidigen Staats- rassen?

In dem mit vielem Beifall aufgenommenen Stück hatte Herr Pauli die Rolle des Prästes inne. Wir wissen nicht, ob es einen Zug seiner Selbstironie oder Unkenntnis der welt- geschichtlichen Vorgänge bedeuten sollte, daß der Künstler unter Ludwig dem Achtzehnten stott und munter die Triflore trug. Im übrigen stellte Herr Pauli seine Rolle brav dar. Meisterhaft war Fräulein Dersch als Gräfin; auch Fräulein Hebel als Leonie bestreichte. Eine Leistung drolligen Humors bot Herr Jormes als furchtbarer Baron, nur war sein Köstüm um zwei Jahrzehnte der Mode voraus. Bravo war auch Herr Bach als Flüchtling Flavignoul.

Soziale Uebersicht.

Das Wirtschaftsverbot für Steuerschuldner, dieses dufende Stück Mittelalter, besteht auch noch in mehreren Schweizerkantonen. In Delberg (Kanton Bern) ist täglich 216 Bürgern der Besuch des Wirtschaftshaus verboten worden, worunter sich ein Pfarrer, ein Advokat und ein Rentier befanden. Bei diesen Herren ist vermuthlich nicht Mittellostigkeit, sondern Abneigung gegen das Steuergesetz die Ursache des Steuerrückstandes.

Wo es mir wohlgeht, da ist mein Vaterland! Niemand kündigt mehr diesem Grundsatz, als der Kapitalist, obwohl er stets und überall die Sozialdemokraten als „vaterlands- loses Gesindel“ beschimpft. Ein neues Beispiel giebt folgende Meldung aus den Vereinigten Staaten: Sieben Kompagnien in Neu-England haben beschlossen, Baumwoll-Fabriken in den süd- lichen Staaten zu errichten, da dort das Material und die Arbeiter billiger, die Arbeitsstunden länger, die Gesetze günstiger und die Steuern geringer sind, auch das Klima milder ist. Drei Gesellschaften in Lowell (Massachusetts) haben zu diesem Zwecke ihr Kapital vergrößert, und zwei Kompagnien in Nashua (New-Hampshire) sind bei der Legislatur um die Erlaubniß eingekommen, ihr Kapital zu erhöhen und ihre Fabriken in anderen Staaten errichten zu dürfen. — Daß das „Klima milder“ ist, kann als eine hübsche Ergänzung zu der „billigeren Arbeit“ betrachtet werden; die billigen Arbeiter brauchen dann weniger oder gar keine Kleidung. Und dann die „günstigeren Gesetze“! Kann ein Paradies für die — Ausbeuter werden?

Wie der Staat um die Nachtruhe der Reisenden — in den Harmonikazügen besorgt ist, geht aus den Weisungen hervor, welche das Zugpersonal erhalten hat. Es heißt dort: Jede unnötige Störung der Reisenden ist zu vermeiden; die Ruhe soll möglichst gewahrt werden. Daher haben die Zug- beamten bei Anweisung der Plätze für neu einsteigende Fahrgäste mit der erforderlichen Rücksicht auf schlafende Reisende zu ver- fahren und auch mögliche Ruhe in den Wägen zu halten. Der Schaffner muß stets genau wissen, in welchen Ab- theilungen Plätze frei sind, damit besetzte Abtheilungen nicht unnütz geöffnet werden. Beim Vorhandensein freier Plätze in den Zügen hat der Schaffner jedem Inhaber auf einen Wechsel der Plätze unter gleichzeitiger Abänderung der Platzkarte Folge zu leisten. Die vorübergehende Benutzung eines anderen als auf der Platzkarte vermerkten Sitzes ist ohne Un- schreibung der Platzkarte gestattet; sobald jedoch Platzmangel ein

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 30. Januar.
Opernhaus. Cavalleria rusticana. Bajazet.
Schauspielhaus. Der gehörnte Siegfried. Siegfrieds Tod.
Deutsches Theater. Der Talsman.
Berliner Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Kessing-Theater. Die wilde Jagd.
Neues Theater. Demi-Monde.
Residenz-Theater. Fernand's Ehekontrakt.
Theater Unter den Linden. Der Probefuß.
Schiller-Theater. Hagar's Sohn.
Bellevue-Theater. Mein junger Mann.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Der Bettelstudent.
Central-Theater. O! diese Berliner.
Adolph Ernst-Theater. Ein fideles Corps.
National-Theater. Die Jungfrau von Orleans.
Alexanderplatz-Theater. Der wunder Punkt.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Wolfs-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Gastspiel des Fräul. Maria Schmidt, des Herrn Carl Wesselsky vom Stadt-Theater in Hamburg und des Herrn Ernst Eppstein vom Stadt-Theater in Würzburg.

Die Jungfrau v. Orleans.

Romantische Tragödie in 1 Vorspiel und 5 Akten von Friedrich v. Schiller.
Regie: Max Samst.
Raffensöffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Donnerstag: Vorbereitungshalber geschlossen.

Die lebende Brücke.

Großes Sensationschauspiel mit Musik in 6 Akten (11 Bildern). Nach dem Englischen von Sutton Vane, überf. von D. Schwab.
Freitag, den 1. Febr., zum 1. Male:

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.
Emil Thomas als Gast.
Anna Böckers. Josefina Dora.
Vorletzte Woche!
Zum 150. Male:

O, diese Berliner!

Große Posse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Gröndel.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: O, diese Berliner!

Adolph Ernst-Theater

Auftreten der Grotesklänzerin Miss Rose Batchelor vom Prince of Wales-Theater in London.
Zum 35. Male:

Ein fideles Corps.

Große Gesangsposse mit Tanz. Nach dem englischen „A Gaiety Girl“ von J. S. Sydney, frei bearbeitet von E. Jacobson und Jean Kren.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Anfang des großen Andrangs bleibt die Kasse von Vormittags 10 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Wallner-Theaterstrasse.
Mittwoch, 30. Januar, abends 8 Uhr: Hagar's Sohn.
Donnerstag, 31. Januar, abends 8 Uhr: Der verborgene Brag. Frauenkampf.
Freitag, 1. Februar, abends 8 Uhr: Der verborgene Brag. Frauenkampf.
Sonntag, 2. Februar, abends 8 Uhr: Der verborgene Brag. Frauenkampf.
Sonntag, 3. Februar, nachm. 3 Uhr: Des Meeres und der Liebe Wellen. Abends 8 Uhr: Krieg im Frieden.
Dichter-Abend im Bürgercafé des Rathhauses, abends 7 1/2 Uhr: Zum 3. Male: Heine-Abend.

Parodie-Theater

Oranien-Straße 52 (am Moritzpl.).
Die Weber.
Vorder: Im Fluge durch die Welt. Tannhäuser. Anfang 7 Uhr.

Castan's Panoptikum.

Noch nie dagewesen!
Die Riesen des dunkeln Erdtheils:

Die Dinka,

40 Männer, Frauen u. Kinder.
Das scheckige Mädchen Marietta.
Weihnachts-Ausstellung

Passage-Panopticum.

Neu! Neu!
Prof. Frdr. Schwing's
Wandernde Lichtbilder.
II.
Das Lied von der Glocke in 15 lebenden Bildern mit transparentem Hintergrund.
Musik von Romberg.
Der Meister: **Rob. Biberti** vom Kgl. Opernhaus in Berlin.

Ben.

Unter den Linden 21.
Jeden Sonntag Nachmittags
Ali-Familienvorstlg. zu halb. Preisen.
Zauber und Bey's
Wunder.
Täglich Anfang 1/8 Uhr.

Circus Renz

Carlstrasse.
Mittwoch, den 30. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Unvergleichliche Vorstellung.
Tjo Ni En.

(Beim Jahreswechsel in Peking.)
Sensationelle Tänze, unter and.: Original! Les grolots vivants, jeu des barbillons etc. Original!
Neue Musik-Einlagen.

Borlektes Auftreten des Herrn G. Hüttemann

(als Gast) mit seinem Schulpferde Cincinatus. Außerdem: Auftreten sämtlicher Spezialitäten, Damen und Herren, Vorführen und Reiten der best-dressierten Freiheits-, Springs- und Schulpferde.

Morgen, Donnerstag: Konkurrenz-Gala-Vorstellung: Tjo Ni En. Lehtes Auftreten des Herrn Gustav Hüttemann (als Gast).

Sonabend, 2. Februar: Wiederholung der Parade-Vorstellung. Gala-Fest-Akt. Auf, auf, zur fröhlichen Jagd!

Sonntag, 3. Februar: Zwei Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr (ermäßigte Preise): Die lustigen Heidelberger. Abends 7 1/2 Uhr: Tjo Ni En. Fr. Renz, Kommissionsrath.

Circus G. Schumann.

Friedrich Karl-Ufer.
Texas Jack's American Prairie Life-Show.

Heute Abend 7 1/2 Uhr: Vorlechte Vorstellung u. Benefiz für Dr. Texas Jack. Erstes Wiederauftreten n. seiner Krankheit. Nachmittags 4 Uhr: Letzte Schiller-Vorstellung. 20 Pf. auf allen Plätzen.
Donnerstag: Abschiedsvorstellung.

Urania

Anstalt für volkstümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Feen-Palast

Gurgstr. 22, neben der Gärse.
Jeden Tag:
Große
Künstler-Vorstellung
Riesen-Programm!
Ab 1. Februar:
Auftreten durchweg neuer Kunstkräfte.
Am 2. Februar:
Grosser
Bühnen-Maskenball.

Hiermit die traurige Nachricht, daß unser werther Kollege

Paul Baumann,
am Sonntag früh plötzlich verstorben ist.
Die Arbeiter der Fabrik von Küstermann & Cie.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 31. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofs (Gefundbrunn.) Freiwaldstraße, statt.

Allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten für die herzliche Theilnahme und schönen Kranzspenden beim Begräbnis meines geliebten Mannes, des Porzellanmalers

Franz Bahrfeldt,
sage meinen tiefgefühltesten Dank.
Wwe. Bertha Bahrfeldt.

Ein vor einigen Jahren erblindeter, kräftiger Mann, welcher längere Zeit in einer Schleiferei als Schwungradbreher gearbeitet, dieselbe aber durch Aufstellung eines Gasmotors verloren hat, bittet herzlichst Genossen um freundliche Unterstützung behufs Wiedererlangung solcher Beschäftigung. Auch empfehle ich mich allen Genossen als **Mohr u. h. l. e. c. h. t. e. r** und bitte bei vorkommender Gelegenheit meiner zu gedenken.

Otto Seifert,
Weinbergsweg 15a, Hof r. im Keller.

Mache hiermit jedermann aufmerksam, meiner Tochter **Elisabeth** nichts zu borgen, da ich für selbige keinerlei Zahlung leiste.
Karl Schucholz, Rantaustr. 67.

Kaufmanns' Variété

ist noch immer ausverkauft und warum??
Nauke ist da!

Nauke ist der Kassenmagnet!
Nauke ist das Tagesgespräch Berlins!

Nauke ist der gr. Lacherfolg!
Nauke als Pauline!

Nauke ist zum Schreien!
Nauke als Ballettratte!

Nauke ist zum „Schliessen“!
Nauke ist der populärste Mensch Berlins!

Nauke ist unsere Goldquelle!
Nauke bleibt Februar!

Zerner 16 Glanz-Nummern.

Ab 1. Februar: Neuheit!
Pinte Quente!

Avis! Den verehrl. Vereinen zu stehen unsere Lokalitäten z. Matinee und Versammlungen zur gefl. Verfügung.

Armin-Hallen

Kommandantenstraße Nr. 20
Säle und Vereinszimmer
von 20-600 Personen.
Sonabend, 2. Februar: oberer Saal frei.

Martin Klein,

Uhrenmacher,
25 Neue Hoch-Strasse 25
Lager aller Arten Uhren.
Reparaturen zu soliden Preisen

Grösste Masken-Garderobe des Ostens.

1. Gesch.: Gr. Frankfurterstr. 20, I. Ecke Koppentstr.
2. Gesch.: Gr. Frankfurterstr. 40, Laden.
Bereine 20 Pf. C. Preidermäh.

Erste Berl. Stiefel-Klinik

Hauptgeschäft: Holzmarktstr. 21.
Filialen: Schönhauser Allee 152, Ackerstr. 28, Linienstr. 243.
liefert in 30 Minuten nur bestes Kernleder u. gute Handarbeit

Sohlen und Absätze

für Herren für Damen
2 Mark. 1,60 Mk.
Alle anderen Reparaturen von 10 Pf. an schnellstens.

H. Garzer Kanarienvoller!

nur 7,50 M., mit Porto u. Verpackung, gute Zucht, Weibchen 1 M. (nur mit Hahn) gegen Nachnahme. 8 Tage Probezeit. Eventuell Zurücknahme. Garantie für lebende und gesunde Anst. Anfragen mit Retourmarke erbeten. **L. G. Müller,** Vogelzüchterei Nordhausen a. S.

Wolgasterstr. 3/4.

Billige H. Wohnungen, 2 u. 1 Stube, Küche, per sofort u. später.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, 31. Jan., abends 8 1/2 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstrasse:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Rassenbericht. — Bericht der Revisoren. — Anträge des Vorstandes und der Mitglieder. — Vereinsangelegenheiten. — Der Fall Hohenstein. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Große öffentliche Tischler-Versammlung

Donnerstag, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in **Keller's Etablissement,** Koppentstraße 29.

Tages-Ordnung:
1. Die Tischler-Zunungs-Krankenkasse und ihre Nachteile für die Tischler Berlins. Referent: Kollege **Koblenzer.** 2. Diskussion.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vertrauensmann. E. Wiedemann.

Für Gasinstallateure! — Gasglühlicht!

Reines weiss. u. angenehm. Licht; allerbilligste Bezugsquelle.
Desgl. Lyren, Glassachen etc.
Berliner Glühlichtfabrik Gericke & Co.
1558L*
24, Michaeliskirchplatz 24.

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur. sofort. Theilzahlung. Zahnarzt **Wolf,** Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. (21455)

Wohnungen, hell und gesund: 1 Stube mit Kochofen 7 M.; 1 Stube u. Küche 12 bis 18 M.; 2 Stuben u. Küche 20-24 M.; 3 Stuben und Küche 25-27 M. **Pennigsdorferstr. 26.**

Swinemünderstrasse 73 sind Wohnungen u. Werkstatt bill. z. verm.

5 Min. vom Charlottenb. Bahnhof, Leibnizstr. 62/63, Hofwohn. 2 Stuben, Küche, Korridor; 1 Stube, Küche u. spottbillig zu vermieten. 23435

Charlottenburg, Goethestr. 68. Empfehle den Genossen schöne Wohnungen f. 72 Hfr. 2041b

Schöneberg, GutsMuths-Str. 1. Schöne Wohnungen, 2 Stüb., Balkon, reichl. Zubehör, Badebenutzung. Ekladen zur Destillation, sofortig. Zugabe gestattet.

Damenmasken, 3 hübsche, verleiht billig **Niesch,** Büdlerstr. 49 u. IV.

Muschelmöbel für jeden Preis verkauflich **Invalidenstr. 157 II links.**

Möbl. Schlafst. für 2 Pers. zu verm. bei **Kettner,** Holzmartstr. 9. Ag. 4 Tr.

Schlafst. für Herrn, sep. Eing., bei **Meißner,** Walbertstr. 38, vorn 1 Tr.

Fedl. Schlafst. für 2 Pers., bei **Adler,** Dreidenstr. 97, 3 Tr. 24496

Bereinszimmer mit Piano ist zu vergeben, **Krautstr. 39.** 24576

Saubere Schlafst., sep. Eing., Kottbuserstr. 2, Hof r. 2 Tr. bei **Pawled.**

Gardinen-Reste zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der **Fabrik Grüner Weg 80,** part. Eingang vom Flur.

Hüte 1,25 neueste **Jacons** verkauft das **Fabrik-Comptoir,** Georgenkirchstr. 5 II.

Aug. Krause 80. Wienerstr. 13, Blumen-Geschäft u. Kranzbinderei. Vereinskränze mit Widmung in bester Ausführung zu billigen Preisen.

Frauenleiden

heilt mit großem Erfolge ohne Medizin und Operation

Minna Kube,

prakt. Naturheilkundige, Inhaberin 1544L* der **Naturheil-Anstalt Charlottenburg,** Berliner-Strasse 125. Sprechstunden 3-5 1/2. Sonntags 8-9

Bureau für Unfall-Projekte

von **Dr. jur. Richard Lehmann,** Lützowstr. 102, I. — Sprechstunde: morgens 8-1/2 10 Uhr, abends 6-8 U.

Bettfedern

reine Gänsefedern & Fed. v. 50 Pf. an, **Grüner Weg 41, 1 Tr. Frau Glaser.**

Zeitschrift Maskengarderobe

der Louisenstadt. Oranienstr. 49, I. 2. Geschäft: Weidenweg 22. Kostüme von 1 M. an. Vereine Preisermäßig.

Die Kollegen der Piano-Fabrik von Görs & Kallmann

haben infolge Mahregelungen und Vorkorderungen die Arbeit niedergelegt. Zugug ist strengstens fernzuhalten. Gleichzeitig ist für die Branche Zusammenseher der **Pianosabrik Kanze & Sohn,** Blumenstr. 70, infolge Mahregelung laut öffentlicher Versammlung vom 18. Januar cr. die Sperre verhängt worden.

190/13 **Die Lohnkommission.**

Verfälscher verlangt **Andreasstr. 10.**

Gerichts-Beilage.

Gewerbegericht.

Sind Vereinbarungen zwischen einem Arbeitgeber und einer Kommission rechtsverbindlich, welche außerhalb des Betriebes des letzteren steht, aber von seinen Arbeitern beauftragt wurde, in ihrem Interesse zu handeln? Diese hochwichtige Frage bejahte die Kammer II unter dem Vorsitz des Assessors v. Schulz in der Entscheidung eines „Pfeiffer und Genossen gegen Simon und Cie.“ benannten Prozesses. Die Kläger, sieben Schuhmacher und ein Hausdiener, verlangten die bekannte Lohnschädigung wegen unberechtigter Entlassung. Am 22. Dezember 1894, dem Sonnabend vor Weihnachten, waren dieselben entlassen worden. Gegenüber dem Einwand, die Kündigung sei ausgeschlossen gewesen, behaupteten die Kläger, daß sie am 6. Dezember bei Simon u. Cie. in ein neues Arbeitsverhältnis getreten wären, nachdem sie am Tage vorher der eine Inhaber der Firma entlassen hätte. Der Vertreter der Beklagten bestritt die angebliche Entlassung vom 6. Dezember; infolge von Lohnkürzungen seien die Kläger von selbst fortgegangen. Der Herr gab jedoch die Möglichkeit zu, daß seitens des einen Firmeninhabers die Neuerung gefallen sei: „Wenn die alten Bedingungen nicht passen, der kann aufhören“, und daß im Verein hiermit die Kläger dadurch irritiert worden seien könnten, daß sich die Beklagten, veranlaßt durch geschäftlichen Bedarf, dann nicht weiter mit ihnen abgaben. Auf Grund dieser Umstände seien dieselben möglicherweise zu der falschen Anschauung gekommen, sie wären entlassen. Am 6. Dezember hätte der Besuch einer Kommission die Firma indirekt veranlaßt, auf eine Reihe von Forderungen der fraglichen Arbeiter einzugehen; man habe sich eben in der Saison befunden. Der Filialschuhmacher Lange, der als Mitglied einer Lohnkommission in Gegenwart zweier unparteiischer Arbeiter die erwähnten Abmachungen mit den Beklagten getroffen hatte, wurde als Zeuge vernommen. Er bezeugte, am 5. Dezember seien drei der Kläger zu ihm gekommen und hätten erzählt, man habe sie und die übrigen Kläger entlassen. Daraufhin hätte er sich bemüht, sie zu beruhigen, mit Simon u. Cie. zu unterhandeln. Unter anderem sei abgemacht worden, daß die betreffenden Leute vor Weihnachten nicht entlassen werden dürften. Von einem Kündigungsaußschluß habe man nicht gesprochen. — Nach mehrstündigem Verhandeln und eineinhalbständiger Beratung wurde die beklagte Firma mit Rücksicht auf die Vereinbarung zwischen ihrem Vertreter und dem Zeugen Lange verurteilt, den 7 Schuhmachern für den 24. Dezember ihren Lohn zu zahlen. Betreffs des 8. Klägers, des Hausdieners, wurde von der Leistung oder Verweigerung eines Gehalts durch die Beklagten Simon abhängig gemacht, ob ihm eine Entschädigung für vierzehn Tage oder ebenfalls nur für den Weihnachtstagsabend zukomme. Das Gericht war der Meinung, das Uebereinkommen zwischen Lange und den Beklagten sei rechtsverbindlich, und die Kläger hätten deshalb, da der 24. Dezember ein Arbeitstag vor Weihnachten sei, am Heiligabend beschäftigt werden müssen, oder die entsprechende Entschädigung erhalten. Der 23. Dezember kam nicht in Betracht, da dieser Tag ein Sonntag war. Mit der Mehrforderung wies das Gericht die Kläger ab, indem es in Einklang mit früheren Entscheidungen annahm, die kurze Unterbrechung der Arbeit am 6. Dezember habe ein neues Arbeitsverhältnis nicht involviert, für das die gesetzliche Kündigungsfrist Geltung hätte. —

Während der Verhandlung ließ der Vertreter der Firma Simon und Cie. des öfteren Nebenarten fallen, in denen die Aufrechter, welche man bei passender Gelegenheit gern los werde, eine Rolle spielten. Hauptsächlich einen der Kläger schien er nicht besonders „verknusen“ zu können.

Um einen schwindelhaften Konkurs-Ausverkauf handelte es sich in einer Anklage wegen versuchten Betruges, welche gestern vor der 133. Abtheilung des Schöffengerichts gegen den Kaufmann Julius Königsberger und dessen Ehefrau Pauline Königsberger verhandelt wurde. Die Angeklagten waren in Konkurs gerathen, das vorhandene Waarenlager war aber von Verwandten übernommen worden, welche die bisherigen Geschäftsinhaber beauftragten, die Waaren für ihre Rechnung zu veräußern. Um einen möglichst hohen und schnellen Umsatz zu erzielen, griffen die Angeklagten zu einem beliebigen Mittel. Sie brachten Zettel am Schaufenster an mit der Ueberschrift „Konkurs-Ausverkauf“ und mit der Unterschrift „Der Verwalter“. Dadurch sollte im Publikum der Glaube erweckt werden, daß es sich um einen gerichtlichen Ausverkauf zu festgesetzten Tarifen handele. Die Angeklagten führten zu ihrer Entlastung an, daß sie nur etwas gethan, welches von Hunderten gefolgt. Der Staatsanwalt führte aus, daß es endlich an der Zeit sei, diesem unethischen Treiben mit schwindelhaften Konkurs-Ausverkäufen durch empfindliche Strafungen ein Ende zu machen, er beantragte eine Gefängnisstrafe von je 8 Monaten. Der Gerichtshof erkannte auf je 50 M. Geldstrafe event. je 5 Tage Gefängnis.

Eine große Anzahl Schankwirthe war gestern vor die Verurtheilungs-Kammer des Landgerichts I geladen, um Zeugnis abzugeben gegen den Agenten Wilhelm Freitag, welcher sich eines eigenthümlichen Mittels bedient hatte, um Kunden für die „Kranken- und Sterbefälle-Zukunft“ zu gewinnen. Freitag war im vorigen Frühjahr von der genannten Gesellschaft als Agent angenommen worden. Er erhielt für jedes neugeworbene männliche Mitglied 3 M., für jedes weibliche 2,50 M. Diese Beträge durfte Freitag von dem ersten Versicherungsbeitrag sofort für sich behalten. Der Angeklagte hatte einen auffälligen Erfolg bei den Schankwirthen: Schließlich löste sich das Räthsel. Freitag hatte jedem Schankwirth zugesagt, daß bei demselben eine Zählstelle errichtet werden solle. Es würde sich ein lebhafter Verkehr entwickeln und das Geschäft sich bedeutend heben. Allerdings müßte der betreffende Wirth Mitglied der Kasse sein. In der Hoffnung, in Zukunft mit den Mitgliedern der „Zukunft“ ein gutes Geschäft zu machen, ließen sich denn auch viele Wirthe aufnehmen. Von der Errichtung einer Zählstelle war bei keinem von ihnen wieder die Rede. Das Schöffengericht hatte diese Betrügereien mit 2 Monaten Gefängnis geahndet und die zweite Instanz erkannte ebenso.

Versammlungen.

Der Verband aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter hielt am 13. d. M. seine Jahres-Generalversammlung ab. Der Vorsitzende begrüßte die Kollegen zum neuen Jahre und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch das Jahr 1895 ebenso nutzbringend für den Verband sein möge wie das vergangene Jahr. Sodann theilte er mit, daß seit der letzten Versammlung 34 neue Mitglieder aufgenommen seien. Das Andenken des verstorbenen Kollegen Schmod ehrte die Versammlung durch Erheben von den Plätzen. Hierauf gab Hoffmann im Auftrage des Vorstandes den Geschäftsbericht für 1894. Danach hat sich die Mitgliederzahl trotz der inneren Unruhen im Verbands um fast das Doppelte gegen das Vorjahr vermehrt. Desgleichen ist die Auflage des Kor-

respondenzblattes von 2000 auf 3700 gestiegen. Des weiteren haben sich im Laufe des Jahres 2 Brudervereine dem Verbands angeschlossen. Die Theilnahme des Verbandes an der Enquete der Reichsregierung, sowie die vom Vorstand herausgegebene Broschüre darüber habe für die Organisation sehr wirksam agitiert. Ferner habe auch im vorigen Jahre der Vorstand es an Gelegenheit zur Aufklärung der Kollegen nicht fehlen lassen. Es fanden statt 6 Generalversammlungen, 7 Monats-, 6 Wanderversammlungen und 4 Vorortversammlungen. Ferner wurden 2 Feste, 1 geselliger Abend und 2 Ausflüge veranstaltet, sowie 53 Vorstandssitzungen abgehalten. Flugblätter wurden 2 zu je 5000 Stück verbreitet. Der vom Kassirer erstattete Kassenbericht ergab eine Einnahme von 13 518,40 M. und eine Ausgabe von 10 894,66 M. Verbleibt ein Ueberschuß von 2623,74 Mark. Mit dem Bestand vom 1. Januar 1894 von 2867,64 ergibt dies ein Vermögen von 5491,38 M.

Der Verlehrs im Stellennachweis gestaltete sich wie folgt: Gemeldet wurden 632 Stellen, davon durch Kollegen 201 und direkt 431. Von diesen wurden besetzt für fest 200, zur Aushilfe 151. Die Gesamtzeit der Aushilfe betrug 85 Wochen 4 Tage. Von den nicht besetzten Stellen waren 141 zu spät gemeldet, 80 weil die gewünschte Branche nicht vorhanden war, 83 wegen zu geringen Lohnes. In 12 Fällen wurden Ausbureichen verlangt. Bei den besetzten Stellen betrug die kürzeste Arbeitszeit 10 1/2 Stunden, die längste 16 Stunden. Des Sonntags haben nur 27 Kollegen gänzlich frei, 22 müssen Sonntags 3-5 Stunden arbeiten, alle anderen haben unbeschränkte Arbeitszeit. Der niedrigste Lohn betrug 9 M., der höchste 22,50 M. Aus der Bibliothek wurden insgesamt 1217 Bücher entliehen. Nach dem Bericht über die Thätigkeit im Bureau sind in der Zeit von April-Dezember 1927 Schriftstücke erledigt worden, davon 546 eingegangen und 781 ausgegangen. Auskünfte wurden gegeben über: Gewerbe-Ordnung, Gewerbegericht, Arbeits- und Lohnbedingungen 151. Steuerfachen aller Art 23. Strafrecht, Prozesse, Klagen 28. Krankenversicherung 9. Zivilprozesse 35. Unfallversicherung 19. Organisationsfragen 14. Angefertigt wurden an Klagen, Gesuchen, Reklamationen 48. Ferner fanden 84 Vertretungen beim Gewerbegericht statt. In der Diskussion verhandelten einige Kollegen die verhältnismäßig günstige Lage des Verbandes zu bezweifeln und die angeführten Thatfachen zu verdrehen. Ihre Ausführungen wurden jedoch vom Vorstand sowohl, als auch von anderen Kollegen gebührend widerlegt. Bei der nunmehr stattgefundenen Wahl zum Vorstand w. wurden gewählt: zum 1. Vorsitzenden Kähler, zum 2. Vorsitzenden Wangenheim, zum 1. Schriftführer Hoffmann, zum Kassirer und Stellvertreter Plath, zu Beisitzern Freude, Blum, Witter, Bräse, Küper, Labewig, Streiter, Karl Schulz, Stange, Heide und Bachmann. Zu Revisoren wurden die Kollegen G. Meyer, A. Meyer und Schumann gewählt. Desgleichen wurde Kollege Dreher einstimmig zum 2. Bureau-Angestellten ernannt. Ein Antrag der Revisoren, die zum Bureau gehörige Wohnung aus besonderen Gründen für 800 M. zu vermieten, wurde angenommen, jedoch der Vorstand beauftragt, sich baldigst nach einem anderen Lokal umzusehen.

Die Tischler-Innungskrankenkasse und deren Nachtheile für die Tischler Berlins beleuchtete Koblenzer am 27. Januar in einer für den Norden der Stadt abgehaltenen öffentlichen Tischlerversammlung. Aus dem Referate und den Verhandlungen ist zu ersehen, daß die Innungs-Krankenkasse, welche am 21. Januar d. J. in Kraft getreten ist, gewissermaßen hinter verschlossenen Thüren gegründet wurde und das Licht der Welt erblickt hat. Weber ist der Gesellenausschuß zwecks Theilnahme an der Statutenberatung für notwendig erachtet worden (wobegen die Herren Huber und Furchtbar wader mitgeholfen haben, die großartigen Sagen der Innungskasse zurecht zu modeln, auf welche später noch näher eingegangen werden wird), nach haben Magistrat oder Polizeibehörde es für angezeigt gehalten, der Ortskasse die Geburtsanzeige der Innungskasse zu übermitteln. Selbst die Innungsmeister sind erst durch ein „Dekret“ des Innungsvorstandes, ihre Gesellen bei der Innungs-Krankenkasse anzumelden, von der glücklichen Geburt der Innungskasse in Kenntniß gesetzt, aber nur theilweise freudig überrascht worden. Der Obermeister der Tischlerinnung, Herr Mosel, so wurde weiter dargelegt, habe seinerzeit anerkannt, daß die Orts-Krankenkasse gut veraltet werde. Wenn die Innung den Gedanken, gegen den die Gesellen bereits im vorigen Jahre protestiert haben, nämlich neben der Orts-Krankenkasse eine eigene Kasse zu gründen, — was bei den den Innungen gesetzlich garantirten Privilegien möglich ist — nunmehr in die That umzusetzen sich beizt habe, so sei dies auf den Umstand zurückzuführen, daß die Innungsmeister in der Orts-Krankenkasse nicht nach ihrem Willen als Herr im Hause schalten und walten können. In der Orts-Krankenkasse hätten ihnen die Arbeiter zu viele Rechte. Daher hätten sie sich eine eigene Kasse, die auch die polizeiliche Genehmigung erhalten habe, nach ihrem eigenen Geschmacke gegründet, in welcher, so wie sie es wünschen, die Arbeiter gar keine Rechte haben. Einen Einblick in die idyllischen Zustände, die in der Innungskasse platzgreifen, gestattet allein schon die Bestimmung, daß der Generalversammlung genädigt gestattet sein soll, den Kassenvorstand zu wählen, — soweit derselbe nicht bereits vom Innungsvorstande ernannt worden ist. Begierter hat sich nun aber das Recht reserviert, die beiden Kassenvorsteher, die Kassirer und die Beitragsammler zu ernennen. Den übrigen Vorstand darf die Generalversammlung wählen, — doch bedürfen alle von der Generalversammlung gefaßten Beschlüsse, um Rechtskraft zu erlangen, der Zustimmung des Innungsvorstandes! Zu den besonderen Unannehmlichkeiten der Innungskasse gehöre auch der Umstand, daß diese im Höchste nur 26 Wochen Krankengeld bezahle, während die Orts-Krankenkasse 52 Wochen zahle. Man sei bei dieser Bestimmung von der menschlichen Freundschaft ausgegangen, daß ein Arbeiter, der 26 Wochen krank sei, überhaupt am besten thäte, zu sterben. Einen besonderen Reiz erhalte die Innungskasse auch dadurch, daß alle Vergünstigungen, welche die Orts-Krankenkasse biete, wie Milch, Wein, Cognak und dergleichen mehr, die den Kranken oft dienlicher wären, als die verordnete Medizin, in Wegfall kommen und daß bei Doppelversicherung das Krankengeld auf den ordentlichen Tagelohn gekürzt werde. Dies war eine kleine Blüthenlese aus den Bestimmungen der Satzungen, welche der Innungs-Vorstand mit den Herren Huber und Furchtbar ausgearbeitet habe. Die Schädigung der Geselleninteressen durch die Innungskasse liege klar zu Tage. Schon durch den vielfachen Arbeitswechsel würden viele gezwungen, der Innungskasse zu verfallen und der erworbenen Rechte in der Ortskasse verlustig zu gehen. Gefährlich schäme zwar die Mitgliedschaft einer anerkannten freien Hilfskasse vor einer Versicherung in der Innungskasse, doch werde seitens der Innung hierauf wenig Rücksicht genommen. Die Gründung der Innungskasse, welche die Lebensinteressen vieler Tausender schädige, sei ein Unsturz im wahren Sinne des Wortes. Ein solches Vorgehen erscheine noch viel ungeheuerlicher, wenn man sich die Bedeutungslosigkeit der Innung an sich vergegenwärtige



Arbeiter Berlins!
Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen
Bellealliancestr. 98/99 und Rosenthalerstr. 63/64
in vorzüglichster Beschaffenheit zu den billigsten Preisen verkauft. Wir bitten um durch reichliche Einkäufe zu unterstützen.
1887 L.
Deutsche Schuhfabrik G. Markus & Co.

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Lehrplan für das Winterhalbjahr 1894/95.

Nord-Schule.

Müllerstr. 179a.

Südost-Schule.

Waldemarstr. 14.

Montag	Naturerkenntnis.	Volkshümliche Medizin.
Dienstag	Volkshümliche Medizin.	Nationalökonomie.
Mittwoch	Nationalökonomie.	Geschichte
Donnerstag	Geschichte (Mittelalter).	Neuzeit seit 1848.
Freitag	Deutsch (Literatur).	Naturerkenntnis.
Sonnabend	Disziplin-Übungen.	Deutsch (Literatur).
		Disziplin-Übungen.

Die Schulräume sind Abends von 1/8 Uhr an geöffnet (Sonntags 10-12 Uhr), um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, in dem außerordentlich reichen Zeitungs-, Zeitschriften- u. Material zu studieren.

Der Unterricht beginnt um 1/8 Uhr und endet um 1/21 Uhr. Die Teilnahme an der Vorträge und dem Unterricht steht Jedem, auch Nichtmitgliedern an einem Abend im Semester unentgeltlich frei.

Für sämtliche Lehrlinge werden zu jeder Zeit neue Teilnehmer (Damen und Herren) aufgenommen.

In größeren Lokalitäten werden in bestimmten Zwischenräumen große Versammlungen abgehalten, in welchen wissenschaftliche Chrenata's in volksverständlicher Weise behandelt werden.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 25 Pf. monatlich. Das Unterrichtsgeld beträgt monatlich für jedes Unterrichtsjahr 25 Pf.; für den Sonnabend-Unterricht wird kein Entgelt erhoben. Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt an endstehenden Zahlstellen, deren je eine auch in jeder Schule errichtet ist.

Die Zahlstellen sind folgende:

S. Schöning, Stallschreiberstr. 29.	N. Nordschule, Müllerstr. 179a. Gnadt, Putzmeisterstr. 32. Gleinert, Müllerstr. 7a. Wernau, Rosenthalerstr. 57.
SO. Südostschule, Waldemarstr. 14. Schulz, Admiralstr. 40a.	NO. Mamlok, Barnimstr. 42.
SW. Grube, Mariendorferstr. 5. Windhorst, Junferstr. 1.	NW. Vogtherr, Stephanstr. 29.
O. Tempel, Langestr. 65.	W. Werner, Bülowstr. 59.

Der Vorstand.

Die Bibliothek ist abends geöffnet und steht jedem Mitgliede zur unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung.

Wegen Abriß des alten Edthausen

verlege mein seit 18 Jahren von mir betriebenes

Gold-, Silber- u. Alfenidewaaren-Geschäft

nebst Trauring-Fabrik u. Reparaturwerkstatt zum 1. April 1895 nach Rosenthalerstr. 20/21 nahe der Gipsstr.

Bis dahin großer Ausverkauf im alten

Edthausen bedeutend unter dem Auszeichnungspreis!!

Bediienung, wie seit 18 Jahren, streng reell.

Carl Lützow, Juwelier und Goldschmiedemstr.

Brunnenstrasse 198 am Rosenthaler-Thor.

Halb und Halb.
Mampe mit Pomeranzen
Feinste Likörmischung
Champagnerflasche Mark 1,25
Carl Mampe
Berlin, Veteranenstr. 24.
Überall zu haben!

In Roh-Tabaken und Utensilien für Cigarren-Fabrikanten
!! billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
Berlin
Alexanderstr. 22.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königstr. 59, vorn 1., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verließen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200-1000 M. Teilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Kuchenschrank 30, Stühle 8 Mark, hochfeine Wäscheleiderpinden 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibische, Damenschreibische 30, Zylinderbureau, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspinden, Vaneel-Sophas 75, Buffets, Truhen 65 M., Betten, Conditentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlin zu besichtigen u. sich von den stannend billigen Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Kutsche transportiert und aufgestellt.

Witzkübel, Kannen, Satten, Mäse, Siebe, Taselwaagen, Lampen, Nähapparate, Buttermaschinen, Butterkneten, Drehrollen.
Jordan, Kl. Markusstr. 28.

Achtung!
Zahnersatz, auch Theilzahl., wöchentlich 1 Mark, Gudel, Sausier Platz 2, Elbasserstr. 12.

Samann's Erholungsgarten
70, Bellermannstrasse 70
empfiehlt seinen Saal zu Versammlungen und Festlichkeiten auch Sonnabends und Sonntags gratis. 2174b

Herm. Ramlow's Weiss- u. Bairisch-Bierlokal.
Zimmer (60-80 Person.) für Vereine u. Festlichkeiten.
135 Schönhauser Allee 135.

Sargmagazin u. Verordnungs-kommission.
Schuhmacher, Ewinemanderstr. 140.

Achtung! Genossen und Genossinnen! Achtung!

4 Volksversammlungen

Dienstag, 5. Februar, abends 6 1/2 Uhr, in „Sanssouci“, Kottbusserstr. 4, und „Kolberger Salon“, Kolbergerstraße.

Mittwoch, 6. Februar, abends 6 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20, und „Böhm. Brauhaus“, Landsberger Allee.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
„Fordern die Frauen das Wahlrecht?“

Referenten:

Frl. Baader, A. Bebel, Frau Ihrer und W. Liebknecht.

Genossinnen! Wir hoffen, daß die Tagesordnung Eurem Verlangen nach politischen Rechten entspricht und erwarten, daß diese Versammlungen hauptsächlich von Frauen und Mädchen gut besucht sind.

Um zahlreichen Besuch bittet

Die Berliner Frauen-Agitations-Kommission.

Die Vereine und Gewerkschaften werden gebeten, auf obige Versammlungen Rücksicht zu nehmen.

128

Achtung, Maurer!

Sonntag, den 3. Februar, vormittags 10 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:

Grosse öffentliche Maurer-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zum 9. deutschen Maurerkongress event. Wahl der Delegierten zu demselben. 2. Gewerkschaftliches.

Kollegen! Da die auf der Tagesordnung des Kongresses stehenden Punkte, wie Agitation, Streiks, Unfallversicherungsgesetz und Unfallverhütung, gesetzliche Sicherstellung des Arbeitslohnes der Bauhandwerker u. s. w. für jeden Arbeiter von weittragender Bedeutung sind, hat jeder Maurer in der Versammlung zu erscheinen.

Die Vertrauensmänner.

Aug. Vogel. Karl Panzer.

189,90

Louis Keller's Riesen-Festsäle.

Grösstes Pracht-Etablissement der Residenz, Koppenstr. 29.

Mittwoch, den 30. Januar 1895:

Gr. humoristische Soirée der Leipziger Sänger.

Herren Stobbs, Achterberg, Marks, Erfurt, Schich, Stanzel, Müller.

Großartiges Programm. — Sensations-Nummern.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Familien-Billetts 20 Stück 3 M.

Hierauf: Grosser Ball.

NB. Von jetzt ab jeden Sonntag und Mittwoch: Grosse Soirée der Leipziger Sänger.

Louis Keller.

Künstl. Zähne schmerzlos eingesetzt, festhaltend. Reparaturen sofort. Weniger Vermittelte Ermäßigung. **Kreslawski, Spittelmarkt 18.**

Brauerei F. W. Hoffmann, Werder a. H.

gegr. 1826. **Werder'sches Gesundheitsbier** geogr. 1826.

sowie Potsdamer Stangenbier und nach Pilsener und Münchener Art, überall franko Haus von 1/4 Gebinden an.

Bestellungen: Berlin SW., Mäckerstr. 96 und an meinen Vertreter **A. Lewin, Berlin SW., Yorkstraße 70.**

Damenschneiderei u. Schnittmusterzeichnen (10 M.) lehrt Frau E. Hoffmann, Currystr. 48. Auch Abend- u. Sonntagskurse.

Brauerei Müggelschloßchen.
Friedrichshagen
empfiehlt **Helles Versandbier, Friedrichsbräu**
(nach Münchener Art gebraut).
Specialität: **Bock Ale.**
Correspondenz: Amt Friedrichshagen 4. Comtoir in Berlin O., Frankfurter Allee 62.
Kein Flaschenbier-Geschäft.

Münchener Brauhaus Actien-Gesellsch.

Wir beginnen **Sonnabend, den 2. Februar cr.,** mit dem Ausstoß unseres diesjährigen

BOCK-Bieres

und halten dasselbe den Herren Restaurateuren bestens empfohlen.

Bier in Flaschen führen wir nicht, geben solches auch in Gebinden an Private nicht ab.

Berlin, im Januar 1895.

Johannistr. 19/19.

Telephon-Amt III, 8035.

Die Direction.

Waaren-Haus M. Löwinsohn, Inh. N. L. Jacob, Grüner Weg 30, Ecke Andreasplatz.

Kleiderstoffe, Feinen-Waaren, fertige Wäsche zu billigsten Fabrikpreisen.

Verantwortlicher Redakteur: J. Dierl (Emil Roland) in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW. Beuthestraße 2.